Basel, den 27. Juni 1936 XXXVI. Jahrgang / No. 26

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-16 Seiten stark.
Abonnementspreis: Fr. 10.— per Jahr,
Fr. 5.50 per sechs Monate, ins Ausland
unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. WALTER RUF
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe:
Verband schweiz. Konsumvereine (V·S·K)
Basel, Tellstrasse 62/64.

Inhalt:

Eine erfreuliche Tagung in Luzern.

(Schluss.)

Rede von Herrn Heinrich Küng, Direktor der Genossenschaftl. Zentralbank, über: Geldmarkt und Währung.

Herr Präsident,
Meine Damen und Herren,

Meinem Referat ist ein Thema zugrunde gelegt worden, das in letzter Zeit die Oeffentlichkeit in immer stärkerem Maße beschäftigt hat und das insbesondere auch für die Konsumvereine, bei ihrer wirtschaftlichen Stellung und Bedeutung, von sehr aktuellem Interesse ist. Einmal deshalb, weil gewichtige Gründe dafür sprechen, dass in einem wirtschaftlich so vom Ausland abhängigen Lande wie der Schweiz eine freiwillige oder unfreiwillige Herabsetzung der Währungsparität voraussichtlich eine brüske Steigerung des Warenpreisniveaus nach sich ziehen müsste. Dann aber auch, weil diese Preiserhöhungen die Kaufkraft der grossen Masse derart nachteilig beeinflussen würden, dass sie schon aus dieser Überlegung heraus allen Grund haben, der Diskussion um unsere Währung mit grösster Aufmerksamkeit zu folgen. Ich bin sowohl von Konsumvereinen als auch von gewerkschaftlicher Seite in bezug auf die Währung und eventuell zu ergreifende Schutzmassnahmen für den Fall einer Abwertung schon so oft um Rat gefragt worden, dass ich dem V. S. K. dankbar bin, dass er mir heute Gelegenheit gibt, in Ihrem Kreise einmal zu diesem umstrittenen Thema meine Gedanken darlegen zu dürfen. Um alle Missverständnisse zum vorneherein auszuschalten, lege ich Wert darauf, festzustellen, dass ich hier nicht etwa als Beauftragter der Genossenschaftlichen Zentralbank spreche, mit vorgeschriebener Marschroute, sondern als Privatmann meine rein persönliche Meinung zum Ausdruck bringen werde. Es ist natürlich nicht möglich, ein derart weitläufiges und kompliziertes Thema in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit erschöpfend zu behandeln, weshalb ich mich darauf beschränken werde, den Fragenkomplex in der Hauptsache vom Gesichtspunkte der werktätigen Bevölkerung und der in ihren Interessen tätigen Konsumvereine zu betrachten.

Bundesrat und Nationalbank haben sich schon wiederholt und eindeutig dahin geäussert, dass die Aufrechterhaltung der heutigen Währungsparität eine zwingende Notwendigkeit für unser Land darstelle, weil eine Abwertung des Frankens überwiegend Nachteile, ja sogar katastrophale Rückwirkungen zeitigen müsste. Trotz dieser kategorischen Stellungnahme unserer obersten Instanzen, die vernünftigerweise die unbedingt sehr schädliche Währungspolemik endlich einmal ausschliessen sollte, wird das Thema bald von dieser, bald von jener Wirtschaftsgruppe immer wieder aufgegriffen und zu begründen versucht, dass die Abwertung der einzige Ausweg aus der bedrängten Wirtschaftslage darstelle. Nun wäre es ja wirklich ein fast unbegreifliches Glück, wenn wir sozusagen mit einem Federstrich über Nacht dem heutigen Krisenzustand ein Ende bereiten und wieder bessere wirtschaftliche Voraussetzungen schaffen könnten. Wenn dem so wäre, so dürfte im Interesse unseres Volkes, das materiell und moralisch unter dem Krisendruck leidet, mit einer solchen Massnahme keinen Tag länger zugewartet werden. Aber wenn auch nicht alles gut und recht war, was von Bern gekommen ist, so darf man in diesem Falle doch ohne weiteres voraussetzen, dass die wirtschaftlichen Ratgeber des Bundesrates und insbesondere die führenden Köpfe innerhalb unserer Nationalbank bei ihrer wiederholten und sicher sehr sorgfältigen Prüfung dieses Problems bestimmt auch auf diesen Ausweg gestossen wären, wenn sich ihnen bei näherem Zusehen und nach sachlicher Abwägung der Vor- und Nachteile letztere nicht als stark überwiegend herausgestellt und den winkenden Hoffnungsschimmer zum gefährlichen Irrlicht gestempelt hätten. In dieser Hinsicht müssen und dürfen wir auch alles Zutrauen zu unserm Noteninstitut haben, bei dem alle wirtschaftlichen Fäden zusammenlaufen und das uns die grösste Gewähr gibt, dass die Dinge nicht von der persönlichen, sondern von der rein objektiven

und nur dem gesamten Landesinteresse dienenden Seite betrachtet werden.

Der weitaus grösste Teil des Schweizervolkes weist eine Abwertung allerdings immer noch mit Entrüstung zurück. Aber der beständige Meinungsstreit ist doch geeignet, die Leute unsicher zu machen und Unruhe zu stiften, und Sie haben sich vielleicht selber auch schon etwa allen Ernstes gefragt, ob die Abwertung nicht doch den Weg darstelle, der uns möglicherweise wieder bessern wirtschaftlichen Zuständen entgegenzuführen vermöchte. Ja selbst im Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der doch sonst immer für die Aufrechterhaltung unserer gegenwärtigen Währungsparität eingetreten war, scheint sich diesbezüglich ein radikaler Stimmungsumschwung durchzusetzen, worüber uns insbesondere seine bekannte Eingabe an das Volkswirtschaftsdepartement nicht im Zweifel lässt. Ich kann es noch einigermassen verstehen, dass jemand, der für sich oder eine von ihm vertretene Wirtschaftsgruppe von einer allfälligen Abwertung Vorteile erwartet, dafür Propaganda macht, aber ich vermag mit dem besten Willen nicht einzusehen, was für Vorteile denn die Devalvation der werktätigen Bevölkerung bringen soll. Gerade für sie sind doch sozusagen nur Nachteile vorauszusehen, und ich befürchte sehr, dass man in dem Bestreben, etwas gegen die Deflation zu unternehmen und deren Rückwirkungen wenigstens so gut als möglich zu mildern, auf einen Ausweg verfällt, der nicht nur die gewünschte Wirkung nicht zeitigen wird, sondern sogar die Möglichkeit einer weitern Verschlechterung des Lebensstandards der grossen Masse in sich birgt. Mit dieser Auffassung befinde ich mich in Gesellschaft ausgezeichneter Kenner dieser Materie.

Nun weiss ich ja auch, dass kein Mensch alle Konsequenzen einer allfälligen Abwertung unbedingt sicher voraussagen kann. Es wird in der Praxis in mancher Beziehung eben vieles anders kommen, als man es sich auf dem Papier vorstellt, und die Entwicklung kann je nach ganz zufälligen Nebenumständen so oder anders ausschlagen und die schönsten Berechnungen über den Haufen werfen. Es spielt eben vieles mit, das sich erst im Verlaufe des Evolutionsprozesses zeigen wird, so dass man das Thema nicht ausschliesslich nur von der wissenschaftlichen Seite her betrachten darf, sondern in erster Linie den gesunden menschlichen Instinkt walten lassen muss, der uns alle innerlich doch immer wieder vor dem grossen Unbekannten warnt. Man wird deshalb gut daran tun, in der Frage der Abwertung nicht kritiklos allem zu folgen, was uns deren Befürworter glauben machen wollen.

Die Anhänger der Devalvation berufen sich in ihrer Kampagne auf die günstigen wirtschaftlichen Auswirkungen, die das Währungsexperiment in andern Ländern gezeitigt habe. Dazu ist einmal grundsätzlich zu bemerken, dass derartige Vergleiche kaum grossen praktischen Wert haben, weil die wirtschaftliche Struktur von Land zu Land verschieden ist und es bei der Devalvation doch sehr darauf ankommt, unter welchen Begleitumständen sie durchgeführt werden kann. So sind auch die Erfahrungen nicht überall dieselben, und vielleicht mit Ausnahme von Schweden und England ist nirgends eine derartige Besserung nachgefolgt, dass die Schweiz einen Vergleich nicht aushalten würde, wenn wir objektiv genug sind, auswärts nicht alles besser, bei uns selber aber alles schlechter zu sehen. Dabei zeigt das Preis- und Lohnproblem in den Abwertungsländern keineswegs etwa eine solche Stabilität, dass man schon heute vorbehaltlos von einem erfolgreichen Abschluss des Experimentes sprechen könnte. Für ein endgültiges Urteil ist es also noch verfrüht, auch was Belgien anbetrifft, mit dem heute so intensiv «hausiert» wird, und man wird zuerst einmal abwarten müssen, wie sich die Verhältnisse gestalten, wenn die durch die Abwertung provozierte künstliche und wahrscheinlich auch nur vorübergehende Konjunkturbelebung verflacht ist. Dann ist der Zeitpunkt erst gekommen, wo man sagen kann, ob das Experiment pro Saldo gelungen ist oder nicht, und dass das Resultat nicht allerorts positiv ausfallen wird, steht für mich absolut fest. Ich werde dabei in meiner Auffassung durch eine Auslassung des schwedischen Nationalökonomen Lindahl noch bestärkt, der in einer kritischen Würdigung der schwedischen Abwertung feststellt, «dass noch viel übrig bleibe, bis das schwedische Geldsystem den Anforderungen, die an eine rationell geregelte Papierwährung zu stellen sind, entspreche. Wenn das Ergebnis trotz den bestehenden Fehlern im ganzen befriedigend war, sei das vielleicht zum grossen Teil eine Folge g ü n s t i g e r Z u f ä l l i g k e i t e n». Auch Prof. Engländer in Prag fasst seine Beobachtungen dahin zusammen, «dass sich die Erfahrungen der in einem Lande unter bestimmten Verhältnissen in bestimmter Höhe durchgeführten Devalvation nur mit grösster Vorsicht auf die Verhältnisse anderer Länder anwenden lassen, und weltwirtschaftlich gesehen sei die Devalvation als Währungsmassnahme entschieden abzulehnen». Und was schliesslich England anbetrifft, stellt der Londoner Professor und Währungstheoretiker Hall zusammenfassend fest, «dass sich bei einem Vergleich zwischen 1925 und 1935 wohl gewisse Lichtpunkte ergeben, die ökonomische Analyse beweise jedoch, dass Grossbritannien die für eine gewisse Zeit möglichen Vorteile, die es 1931 aus dem Pfundsturz zu ziehen vermochte, schon mehr als ausgeschöpft habe und nun alle gesammelte Kraft darauf verwenden müsse, das internationale Wirtschaftssystem (zu dessen Niedergang es ja mit seinen Zollschranken und seiner rücksichtslosen Abwertung in erheblichem Maße selber beigetragen hat) neu aufzubauen».

Das sind nur einige kurze Kostproben von namhaften ausländischen Währungstheoretikern über die Auswirkungen der Abwertung in Schweden, England oder der Tschechoslowakei. Ähnlich klingt es auch aus andern Abwertungsländern. Ich bin der Meinung, dass diese Urteile nicht derart sind, dass man von einem restlos gelungenen Experiment sprechen kann, das uns nun unbedingt Veranlassung geben muss, es den andern gleichzutun und auch von Staats wegen, aus angeblich wirtschaftlichen Interessen, denselben Betrug, den die künstliche Geldverschlechterung den Sparern gegenüber nun einmal darstellt, nachzumachen. Es ist meines Erachtens auch ein unhaltbarer Standpunkt, wenn man, wie das gewisse Leute tun, in der Frage der Devalvation das Argument der Vertragstreue zum vornherein aus der Diskussion ausschalten will mit der Begründung, dass die Währungspolitik nichts anderes sei als ein Mittel der Wirtschaftspolitik, der sie sich unterzuordnen habe. Wer noch etwas auf Recht, Gesetz und Treu und Glauben hält, wird sich mit einer derartigen höchst befremdenden Argumentation niemals befreunden können. Dem schweizerischen Sparer sind im Münzgesetz ganz bestimmte

Garantien für den Wertgehalt des Geldes gegeben worden, und die Gesetze sind nicht dazu da, um kurzerhand einseitig abgeändert zu werden, wenn sie einem nicht mehr passen. Wenn der Staat das dem Einzelnen verbietet, so darf er konsequenterweise auch für sich kein anderes Recht beanspruchen, sonst kommen wir eben so weit, dass sich bald kein Mensch mehr um das Recht bekümmert und der Rechtsbruch letzten Endes auch bei uns einen Glorienschein bekommt nach dem bekannten Grundsatze, dass Recht sei, was am meisten nütze! Mit solchen Praktiken kommen wir in der Schweiz nicht weiter und kann auch die Wirtschaft niemals gesunden, denn wo Recht und Gesetz nicht mehr gelten und willkürlich abgeändert werden, wird sich auch niemals eine gesunde Wirtschaft halten oder entwickeln können. Dass die Währungspolitik im übrigen ein Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik ist, ist ohne weiteres klar, aber nicht in dem Sinne, wie es von den Befürwortern der Abwertung gefordert wird, dass sie sich der letztern unbedingt unterzuordnen habe, sondern dadurch, dass die Währung gerade durch ihre unerschütterliche Stabilität der Wirtschaftspolitik in guten und schlechten Tagen den nötigen Unterbau und Rückhalt gibt. Damit ist in dem unaufhörlichen wirtschaftlichen Auf und Ab wenigstens ein ruhender Pol vorhanden. Wenn wir jedoch die Währung zum Sklaven der Wirtschaftspolitik machen und sie nach dem jeweiligen Bedürfnis der Wirtschaft manipulieren, so ist das Ende nicht abzusehen, und bei der Mannigfaltigkeit der Wünsche ist es gar nicht ausgeschlossen, dass uns die Kontrolle vollends entgleitet. Es können sich mit einer solchen Politik vielleicht momentane Scheinerfolge einstellen, was sogar sehr wahrscheinlich ist, aber die graue Kehrseite wird sich bestimmt früher oder später zeigen und das Resultat in einem ganz andern Lichte erscheinen lassen, als es sich uns vielleicht zu Beginn präsentierte. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir uns sehr davor hüten sollten, dem Ausland jede sogenannte moderne Wirtschaftstheorie, wie sie u. a. auch die manipulierte Währung darstellt, nachzuahmen. Einmal stehen die positiven Beweise für ihre unzweifelhafte Richtigkeit vorderhand noch aus, und dann ist es ja noch lange nicht erwiesen, dass das, was in andern Ländern vielleicht gut ist, nun unbedingt auch für uns passt.

Ob nun diese «Folge von günstigen Zufälligkeiten», die nach Professor Lindahl in Schweden das Währungsexperiment begünstigt haben, uns auch zu Hilfe kommen würden, ist doch zu sehr dem Zufall überlassen, als dass man darauf abstellen dürfte. Ich glaube vielmehr, dass gerade bei uns diese Zufälligkeiten ausbleiben oder sich gar von der Kehrseite zeigen würden. Sie bestanden in Schweden u. a. darin, dass die mit ihm in engen wirtschaftlichen Beziehungen stehenden andern nordischen Staaten und England gleichzeitig abgewertet haben, womit gewissermaßen eine in sich abgeschlossene wirtschaftliche Union zustande kam, die aber das englische Kolonialreich mit seinen über 500 Millionen Menschen auch sonst schon verkörperte. Im weitern fiel die Devalvation in eine Periode stark fallender Preise, was ebenfalls die sonst unvermeidbaren Rückwirkungen auf das Preisniveau ausgleichen half. Und schliesslich erfuhr das Experiment auch von der politischen Seite her keine Belastung, die bei unserer leider so zerfahrenen innerpolitischen Situation ziemlich sicher nicht ausbleiben würde. Wenn man sich an solch grosse und schwer übersehbare wirtschaftliche Experimente heranwagen will, ist eine ganz andere nationale Geschlossenheit und Disziplin, als sie gegenwärtig in unserm Lande anzutreffen ist, die allererste Voraussetzung.

Ich bin mir ohne weiteres bewusst, dass die Abwertung auch bei uns für einzelne Teile unserer Wirtschaft gewisse Vorteile bringen wird, die dauernd sein können, sich aber für die meisten Nutzniesser mit grosser Wahrscheinlichkeit nur als vorübergehend erweisen und sich sukzessive wieder ausgleichen oder, was auch nicht ausgeschlossen ist, gar ins Gegenteil verwandeln werden. Bei der Beurteilung dieser Vorteile ist jedoch die alte Wahrheit zu beachten, dass normalerweise Vorteile der einen, Nachteile der andern Seite bedingen. Wenn jemand gewinnt, so muss auch jemand anders ungefähr gleich viel verlieren, und wenn z. B. der Hotelierverband verlangt, dass der Franken abgewertet werden soll, so müssen Sie sich Rechenschaft geben, dass das Schweizervolk die Hotelindustrie also selber sanieren sollte, einesteils mit dem abgewerteten und in seiner Kaufkraft verminderten Schweizerfranken und anderseits mit höhern Preisen, sofern es ihm nachher überhaupt noch möglich ist, Ferien in Hotels verbringen zu können. Es ist schon ein Zeichen der furchtbaren Begriffsverirrung unserer Zeit, dass eine derartige Anmaßung, denn es ist ja nichts anderes, nicht einen allgemeinen Sturm der Entrüstung auslöst, ja vielerorts fast als selbstverständlich hingenommen wird. Unter jenen Kreisen, die von der Devalvation nicht viel Gutes zu erwarten haben, finden wir meines Erachtens eben — wie bereits gesagt — fast todsicher die werktätige Bevölkerung und in gewisser Hinsicht auch die Konsumvereine. Ich habe die feste Überzeugung, dass die Arbeiterschaft die Kosten der Scheinkonjunktur durch die Abwertung, wenn vielleicht auch nicht restlos, so doch zu einem guten Teil selber bezahlen müsste, und es ist und bleibt für mich ein Rätsel, wieso ausgerechnet Vertreter der Arbeiterschaft für diese verfehlte und ihre Interessen so sehr schädigende Idee eintreten können. Das werktätige Volk sollte doch geradezu aus grundsätzlichen Erwägungen gegen jede Währungsverschlechterung eingestellt sein, denn was sich seit Jahren auf dem Währungsmarkte abspielt, ist gar nichts anderes als ein Kampf um die billigsten Gestehungskosten, die Reduktion des Arbeitslohnes oder mit andern Worten, die Herabdrückung des Lebensstandards der Masse auf valutarischem Wege. Wenn die letzten drei Länder des Goldblocks auch noch abwerten, so stehen wir wieder am Ausgangspunkt der ursprünglichen Situation, und der Wettlauf um die billigste Währung und den tiefsten Lebensstandard kann von vorne beginnen. Dabei besteht alle Aussicht, dass wir letzten Endes auf dem Nullpunkt enden, wenn nicht doch noch in letzter Stunde die Vernunft oder besser gesagt, die Angst vor dem eigenen Untergang die Welt und insbesondere die Grossen, wieder zu den alten, soliden Methoden zurückkehren lässt. Ich frage Sie: Ist das ein Ziel, dem die so klassenbewusste Arbeiterschaft oder die Menschheit überhaupt zustreben soll? Neben diesen prinzipiellen Bedenken steht es für mich mit absoluter Sicherheit fest, dass eine Herabsetzung des Schweizerfrankens auch eine scharfe Steigerung der Preise, und zwar gerade der notwendigsten Bedarfsartikel, bei denen wir ja fast ganz auf das Ausland angewiesen sind, in unserm Lande zur Folge haben wird. Das Brot wird teurer,

Zucker, Kaffee, Fette, Öle, Stoffe und vieles andere, das wir für unsern täglichen Bedarf kaufen müssen, und zwar nicht nur in einem Ausmaße, wie etwa die erhöhten Zollansätze, die so viel zu reden gegeben haben und von den Konsumenten geradezu mit Empörung abgelehnt worden sind, sondern — ich will nicht sagen vollständig, aber doch annähernd — im Ausmaße der Abwertung. Es kommt für den Arbeiter weniger darauf an, wie sich die sog. Indexzahl gestaltet, — darin ist so viel enthalten, das ihn gar nicht interessiert — sondern für ihn geben nur die lebenswichtigen Produkte, die er kaufen muss, den Ausschlag und nicht Dinge, die er überhaupt nicht kaufen kann. Die Rechnung kann sich ja dann jeder selber machen. Die Anhänger der Abwertung werden das nicht gelten lassen und mir dagegen einwenden, dass diese Preissteigerungen in den Abwertungsländern nicht oder nur in beschränktem Maße in Erscheinung getreten seien. Diesen Einwand kann ich jedoch nicht anerkennen, denn eine Devalvation wird, wie ich eben dargelegt habe, sich auf das Preisniveau insofern verschieden auswirken, als es doch sehr darauf ankommt, ob sie in eine Zeit sinkender oder steigender Preise fällt, und ob es sich um ein Land handelt, das wie die Schweiz auf den Import angewiesen ist, oder ob es eine starke eigene Selbstversorgung besitzt, wie dies in den U. S. A., England und selbst in Schweden der Fall ist. In England oder in den nordischen Staaten hat sich das Preisniveau neben der bereits erwähnten wirtschaftlichen Union nur aus diesem Grunde einigermaßen zu halten vermocht, wobei das Fragezeichen für die weitere Entwicklung immer noch bleibt. Im Jahre 1931 kam die grosse Fallbewegung des Preisniveaus in Fluss. Heute ist sie nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern es zeigt sich sogar teilweise eine ausgesprochene Hausse-Tendenz, weshalb sich auch in Belgien und Danzig, die erst viel später abgewertet haben, ganz andere Wirkungen zeigten und in Zukunft wohl auch noch zeigen werden. Aber auch in Norwegen zeigt die Kurve des Engrospreisindexes in letzter Zeit eine wesentliche Verschärfung nach oben. Die Preissteigerungen werden notwendigerweise auch einer Anpassung der Löhne rufen, womit aber auch, sofern den Begehren um Lohnerhöhungen überhaupt entsprochen wird, was immer das grosse Fragezeichen bleibt, die Vorteile für die Ausfuhr, die durch Kontingentierungen oder Zollerhöhungen dabei überhaupt in Frage gestellt werden können, schrittweise wieder verloren gehen. Es stellt sich das Bedürfnis nach einer neuen Dosis Abwertung ein, Preise und Löhne treiben sich weiter gegenseitig in die Höhe, und wenn das nicht rechtzeitig abgestoppt wird, muss dieses Spiel früher oder später unvermeidlich zur Inflation führen, deren verderbliche Wirkungen Sie ja aus Beispielen zur Genüge kennen. Wir haben im vergangenen Jahre für rund 1,3 Milliarden Franken Waren eingeführt, wovon etwas über 300 Millionen allein auf Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel entfallen. Das Ausland würde uns hierauf keinen Rappen schenken, sondern einfach entsprechend mehr Franken für gleichviel Ware verlangen. Wenn wir also den Franken an das englische Pfund anpassen und auch 40 % abwerten wollten, so müssten wir für den Import ganz einfach entsprechend mehr, d. h. zirka 800 Millionen bezahlen, also anstatt 1,3 2,1 Milliarden. Davon wird ein schöner Teil auf die Lohnempfänger selber entfallen, und ich möchte Ihnen in Ihrem eigenen Interesse empfehlen, die Rechnung nochmals zu überprüfen, bevor auch Sie für die Abwertung Stimmung machen. Damit wird aber auch die Spanne zwischen Ein- und Ausfuhr, die letztes Jahr rund 450 Millionen Franken betrug, entsprechend vergrössert, und es ist vorderhand noch sehr ungewiss, ob dieses Defizit mit einer erhöhten Ausfuhr einigermassen ausgeglichen werden kann. Ein gewisser Ausgleich, so oder so, muss aber mit der Zeit gezwungenermassen kommen, wenn der abgewerteten Währung von der Zahlungsbilanz her nicht neue Gefahren entstehen sollen.

Es können somit hinsichtlich der Rückwirkungen auf die Preise der Importgüter nicht die geringsten Zweifel bestehen. Die Preiserhöhungen werden kommen und können durch keine staatliche Preiskontrolle verhindert werden, weil der Importeur ganz einfach selber auch mehr bezahlen und dafür auf die Konsumenten zurückgreifen muss. Weniger bestimmt lässt sich die Reaktion der Abwertung für die Inlandsprodukte voraussehen, und ich will mir nicht anmaßen, in dieser Hinsicht irgend welche Prognose zu stellen. Rein theoretisch gesehen, ist es ja nicht unbedingt notwendig, dass auch diese Preiskurve nach oben verlaufen muss. Dagegen spricht doch manches dafür, dass, vielleicht mit gewissen Nüancierungen, auch die reinen Inlandsprodukte nicht vollständig unempfindlich sein werden, wozu schon die eventuelle Verschiebung des Lohnniveaus das Ihrige beitragen wird. Und wenn man beispielsweise in dem Lager der Jungbauern, bald offen, bald versteckt, mit der Abwertung liebäugelt, so wird der wahre Hintergedanke doch in erster Linie die Hoffnung sein, gegebenenfalls die landwirtschaftlichen Produkte teurer absetzen zu können, womit einer der grössten Widersprüche in der Abwertungskampagne klar zutage tritt. Während man einerseits die mutmasslichen Preiserhöhungen in Abrede stellt oder bagatellisiert, wird anderseits im gleichen Atemzuge behauptet, dass die Deflation mit ihren sinkenden Preisen eine Entwertung der Sachgüter herbeiführe, oder mit andern Worten die Schulden aufwerte, was nur, entweder durch die Abdrosselung der Deflation, oder dann eben durch die Devalvation verhindert werden könne.

Wenn diese Argumentation richtig sein sollte, so wäre aber anderseits doch die zwingende Logik die, dass mit der Abwertung auch die Preise steigen müssen, also höhere Erträgnisse erzielt werden. Anders wäre doch nicht einzusehen, wieso denn der Wertzerfall der Sachgüter mit der Devalvation aufgehalten und die sogenannte Schuldenaufwertung, mit der immerzu argumentiert wird, paralysiert werden könnte. Das ist nur möglich mit höheren Preisen, die dann aber auch jemand, eben der Konsument, bezahlen muss. Darüber müssen wir uns klar sein, und es ist mir vollständig unbegreiflich, wieso sich Vertreter der Konsumenten und Produzenten mit derart grundverschiedenen Interessen gleichzeitig für eine solche Sache einsetzen können. Der eine Teil von beiden wird immer der enttäuschte sein, weil entweder die Preise steigen, gleich bleiben oder gar fallen. Steigen sie, so ist wohl der Ertragswert verbessert und die «Schuldenaufwertung» ausgeglichen, aber der Konsument muss das alles bezahlen, und ohne Lohnerhöhung kann er das in den meisten Fällen nicht. Fallen sie oder bleiben sie gleich, so kann auch der Wert der Sachgüter nicht steigen, und die Hoffnung, dass die Devalvation eine Wertkorrektur nach oben bringe,

bleibt eine leere Utopie, die das furchtbare Opfer der Sparer niemals rechtfertigt.

Auch die Theorie der allmählichen Anpassung der Preise an das Arbeitseinkommen hat in der nackten Wirklichkeit nur einen sehr bedingten Wert. Es ist klar, dass der Arbeiter nur so viel ausgeben kann, als er effektiv verdient, aber zu glauben, dass sich das Preisniveau dem Arbeitseinkommen anpassen würde, ist sicher nur in sehr geringem Maße richtig, denn die Preise für die meisten lebenswichtigen Produkte sind international bedingt und festgelegt und werden sich kaum nach dem schweizerischen Arbeitseinkommen richten. Die logische Konsequenz wird vielmehr die sein, dass der Arbeiter einfach weniger kaufen kann. Es ist genau wie bei der Deflation eine Schlechterstellung, eine Verarmung, die nur durch Lohnerhöhungen wieder ausgeglichen werden kann. Nun wissen wir ja alle, dass es mit den Lohnerhöhungen weniger schnell geht als mit dem Abbau, und wir dürften uns auf allerhand Lohnkämpfe gefasst machen, die die Gewerkschaften bei dem gegenwärtigen Stand des Arbeitsmarktes unter denkbar ungünstigen Begleitumständen aufnehmen müssten, und deren Erfolgsaussichten je nach der Lage desselben und der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zum voraus durchaus unübersichtlich sind. Auf jeden Fall wird viel Zeit verloren gehen, in der jeder einzelne sehen mag, wie er sich mit seinem Lohne zurechtfindet. Dabei bleibt immer noch die Möglichkeit offen, dass, wenn dann auch die Lohnerhöhung einmal zugebilligt worden ist, sich das Preisniveau inzwischen schon wieder derart verschoben hat, dass die Wirkung der Lohnerhöhung durch die Verhältnisse bereits überholt ist, womit Unzufriedenheit und Kampf von vorne beginnen können.

Aber auch in einem andern Punkte, den ich hier ebenfalls kurz streifen will und der vor allem die Baugenossenschaften interessiert, gibt man sich hinsichtlich der Konsequenzen der Abwertung trügerischen Hoffnungen hin. Das betrifft den Liegenschaftsmarkt. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Deflation, das verringerte Arbeitseinkommen, denselben in sehr nachteiliger Weise beeinflusst, aber die Annahme, dass mit der Abwertung daran etwas geändert oder die sog. Schuldenaufwertung verhindert werden kann, ist meines Erachtens vollständig unrichtig. Wir kämen wohl eher vom Regen in die Traufe, weil — wie ich vorhin dargelegt habe — zwingende Gründe für die Wahrscheinlichkeit eines Kaufkraftschwundes auch bei der Devalvation bestehen, so dass auch der Liegenschaftsmarkt eher mehr als weniger der Krisenwirkung ausgesetzt würde. Wenn die These der Anpassung der Preise an das Einkommen der Masse in einem Punkte richtig ist, so ist das in bezug auf die Miete, die nicht von internationalen Preisgestaltungen abhängig ist, sondern davon, wieviel die Menschen hierfür ausgeben können. Wenn, was zu befürchten ist, die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse steigen und die Löhne sich nicht oder nur hinterher daran anpassen, so wird, weil der Mensch doch in erster Linie essen muss, am Ende des Monats für die Miete einfach nichts oder zu wenig übrig bleiben. Sie wird also im Preise eher sinken müssen und kann teilweise vielleicht überhaupt nicht mehr bezahlt werden. Die Folge wird ein staatlicher Mieterschutz nach bekannten Mustern sein, und die weitere Konsequenz hiervon eine fühlbare Entwertung der Grundstücke. Ich befürchte deshalb, dass alle jene, die glauben, in einem Haus oder in Grund und Boden vor Verlusten durch die Abwertung geschützt zu sein, sich Hoffnungen hingeben, die sich gegebenenfalls nicht bewahrheiten werden. Ich befürchte aber auch, dass gerade die Vertreter des Gewerbes sehr im Irrtum sind, wenn sie von der Abwertung eine Belebung im Handwerkerstande erhoffen. Es ist doch vielmehr so, dass die Teuerung die Hausbesitzer oder solche, die es werden wollen, vielleicht fast notgedrungen noch zu vermehrter Zurückhaltung erziehen wird, was viel eher gar eine weitere Arbeitsschrumpfung nach sich ziehen kann. Und dass meine Bedenken hinsichtlich der Miete nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, wird jeder, der seine Objektivität nicht einer Idee geopfert hat, sehr gut verstehen können.

So sind von der Abwertung sicher nicht nur eitel Wunder zu erwarten. Vieles ist sehr unklar und genau wie in Schweden auch bei uns reinen Zufälligkeiten anheimgestellt, nicht zuletzt auch in personeller und politischer Beziehung, und viele, die in der Abwertung einen Rettungsanker zu erblicken glauben, werden später enttäuscht und verbittert feststellen müssen, dass sie sich an einen Strohhalm angeklammert haben. Meine Ausführungen mögen insbesondere auch Sie überzeugt haben, dass allen voran die lohnempfangende werktätige Bevölkerung davon nicht viel Gutes, wohl aber einen noch schärferen Kampf um ihr Dasein zu erwarten hat. Wenn jemand allen Grund hat, dem Abwertungsgedanken mit grösster Zurückhaltung gegenüberzustehen, so ist es sicher in erster Linie sie.

Und wenn wir das Problem noch vom Standpunkte der Konsumvereine betrachten wollen, so glaube ich, dass auch sie nicht nur ungeteilte Freude zu erwarten haben, ganz abgesehen davon, dass es ihnen aus geschäftlichen und ideellen Gründen nicht vollständig gleichgültig sein kann, wie sich die Existenzbedingungen der grossen Masse gestalten. Der voraussichtliche Inventurnutzen im Falle von Preissteigerungen darf sie nicht darüber hinwegtäuschen und die Devalvation schmackhafter machen, denn die Mitglieder werden, nun erst recht, mit vollem Rechte übrigens, von ihnen die Abgabe möglichst billiger Lebensmittel verlangen. Dabei ist vorauszusehen, dass jede Preiserhöhung, mag sie noch so gerechtfertigt und aus eigenen Existenzinteressen auch notwendig sein, einen Sturm der Entrüstung auslösen wird, der nirgends grösser sein wird als gerade im Konsumverein, von dem man dann Unmögliches verlangt. Einen kleinen Vorgeschmack haben sie ja im letzten Sommer erhalten anlässlich der Zollerhöhung auf Zucker und Fetten. Das Verhältnis zwischen den Behörden und der Mitgliedschaft wird also kaum besser werden, und es ist sehr zu befürchten, dass der an sich vollauf verständliche Kampf um die weitmöglichste Billighaltung der Lebensmittel und Bedarfsartikel die Gewinnmarge auf ein Niveau herabdrückt, das keine genügende Rendite mehr übrig lässt und die eigene Existenz bedroht. Das kann sich möglicherweise besonders für jene Vereine, die in der Errichtung von Immobilien aller Art, vielleicht aus einem gewissen Geldüberfluss heraus, eine weitgehende Grosszügigkeit gezeigt haben, zu einer sehr ernsten Existenzfrage auswirken und sie vor allem auch jenen sog. Aussenseitern gegenüber, die nicht durch Immobilienballast beschwert sind, unbedingt in eine schwächere Position bringen. Was schliesslich die mir oft gestellte Frage der Sicherung vor den Schäden der Abwertung anbetrifft, habe ich die Auffassung, dass die Konsumvereine aus den Ihnen dar-

gelegten, dann aber auch aus vaterländischen Gründen keine Anlagepolitik betreiben dürfen, die gegen die Interessen der Schweiz. Nationalbank verstösst und deren Kampf um die Erhaltung unserer Währung erschwert. Wenn alle Eidgenossen mit ihrem Gelde flüchten wollten, so wäre das Schicksal des Frankens allerdings bald besiegelt und könnte auch durch die stärkste Notenbank auf die Dauer nicht aufgehalten werden.

Es darf deshalb von einem senkrechten Schweizer wohl verlangt werden, dass er in diesen Dingen auch ein wenig weiter denkt und sich nicht nur von rein materiellen Interessen leiten lässt. Mit dem Absingen der Vaterlandshymne allein ist es noch nicht getan und darf sich das nationale Empfinden auch nicht erschöpfen. Anderseits aber soll es eine absolute Pflicht und Selbstverständlichkeit für die Behörden sein, dafür zu sorgen, dass man nicht rücksichtslos über die Interessen der Getreuen hinwegschreitet und das Kapital und die sauer verdienten Sparrappen, die man allerorts so notwendig braucht, mit aller Gewalt zerstört. In diesem Falle, d. h. wenn schon sich diese Tendenz herausschälen sollte, könnte man es allerdings niemandem mehr verargen, wenn er sich gegen solche Gewaltsakte von seiten des Staates selbst zu schützen versucht und zu Mitteln Zuflucht nimmt, die geeignet sind, seinen Besitz vor der staatlichen Willkür zu bewahren. Einer Investition in fremden Devisen von seiten der Konsumvereine stehen aber auch Bedenken geschäftlicher Art gegenüber, die darin liegen, dass eine solche Operation immerhin eine Spekulation darstellt, die, wird sie in grossem Stil durchgeführt, was ja allein eventl. einen greifbaren Erfolg zeitigen könnte, immer ein mehr oder weniger grosses Risiko in sich birgt. Was vielleicht im gegebenen Momente getan, und trotzdem das gewissermaßen auch eine Belastung der Devisen- und Goldbestände bedeutet, von einem Konsumverein auch verantwortet werden kann, wäre höchstens eine Erhöhung der Lagerbestände. Dass das aber, wenn sich die Befürchtung einer Devalvation nicht bewahrheitet, auch mit gewissen Nachteilen verbunden ist, wissen Sie ja so gut wie ich. Klüger aber als all das wird sein, wenn man auch in Ihren Kreisen sich von der Werbung für eine willkürlich geregelte Währung nicht umgarnen und verblüffen lässt und ebenfalls für die Grundsätze der im grossen und ganzen doch allein richtigen Goldwährung eintritt.

Über den zweiten Teil unseres Themas, d. h. den Zusammenhang von Geldmarkt und Währung, will ich mich nur kurz fassen. Es ist ganz natürlich, dass jegliche Diskussion um die Währungsfrage den Geldmarkt in Mitleidenschaft ziehen muss. Die Gründe sind gegeben und treten insbesondere bei einem Lande wie der Schweiz, das dank seiner bisherigen zweifelsfreien Rechtsbeständigkeit ein Refugium für ausländische Fluchtkapitalien geworden ist, doppelt nachteilig in Erscheinung. Sobald Zweifel in die unbedingte Stabilität der Währung oder in unsere Rechtspflege aufkommen, setzt der Wanderungsdrang wieder ein, und da dieser Abzugsprozess gewöhnlich in den dümmsten Moment fällt, werden auch Geld- und Kapitalmarkt entsprechend stärker reagieren.

Nun liegt ja das Gefahrenmoment weniger auf dem Abzug von Fluchtkapitalien als in der Haltung unserer eigenen Leute selber. Wenn die Schweizer selbst den Glauben in den Franken verlieren und ebenfalls das Bedürfnis nach Sicherung ihrer Substanz im Ausland oder in Gold empfinden, so bringt dieser Zustand ganz selbstverständlich eine Akkumulierung der Wirkung hervor, die nicht nur die Währung ernstlich gefährden, sondern auch den Geldmarkt aus Rand und Band werfen kann. Das haben wir im Laufe des letzten Jahres leider in zwei Malen in einer Art und Weise erfahren müssen, die an Eindrücklichkeit nichts zu wünschen übrig liess, und worüber keine weiteren Worte mehr zu verlieren sind. Seither hat sich ja vieles wieder einigermaßen korrigiert, aber es ist nicht mehr wie vorher, die Unsicherheit ist geblieben, und es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis Geld- und Kapitalmarkt wieder ihr früheres Gepräge angenommen haben. Die Kredit- und Anleihensbeschaffung lässt zurzeit in mancher Beziehung zu wünschen übrig, was sich insbesondere für das Baugewerbe und seine Schlüsselindustrien in sehr schädlicher Weise bemerkbar macht und eine der Hauptursachen für die besonders unbefriedigende Lage des Arbeitsmarktes in diesem Wirtschaftsgebiete ist. Die Zeiten, wo sich Banken und Versicherungsgesellschaften um gute Hypotheken rissen, sind vorbei. Es ist sehr schwer, selbst ganz erstklassige Schuldbriefe unterzubringen, die Zinssätze zeigen steigende Tendenz und drohen, die in der Mietzinssenkung bisher erzielten Erfolge illusorisch zu machen. Aber auch in der öffentlichen Wirtschaft ist die ehemalige Leichtigkeit der Kapitalbeschaffung noch nicht wiedergekehrt, und manche Behörde hat dieserhalb im Hinblick auf kommende Fälligkeiten oder Deckung neuer Bedürfnisse ernste Sorgen. Wenn indessen die Abwertungspropagandisten von einer Kreditkrise sprechen als Folge der gegenwärtigen Frankenparität, so ist das eine bewusste oder unbewusste Irreführung des Publikums und eine vollständige Verkennung der Tatsachen. Für denjenigen, der Einblick in die wahren Verhältnisse hat und seine Argumente in Tatsachen und nicht in der Luft oder in der Phantasie holt, steht es mit absoluter Sicherheit fest, dass auch heute noch reichlich genug Mittel da wären, dass das Kreditsystem bei uns absolut normal funktionieren könnte. Aber gerade dieses ewige blöde Gerede um den Franken und die bedenkliche Schuldnermentalität muss ja diese Kreditkrise geradezu herausfordern, denn Schuldner, die nicht bezahlen wollen oder auf dem besten Wege sind, mit einer Abwertung einen derartigen Monsterdiebstahl am Volk zu begehen, dürfen sich nicht wundern, wenn sich das Vertrauen von ihnen abwendet. Diese Belastung von der Geldmarktlage aus muss sich in solchen Krisenzeiten doppelt nachteilig auswirken, und mit einigem guten Willen könnte sie vermieden werden, womit auch schon manches besser wäre. Dass mit der tatsächlichen Abwertung die Zinssätze in der Schweiz eine geradezu rapide Steigerung erfahren werden, liegt für mich ausser jedem Zweifel, und wenn es auch mit der Zeit wieder zu einer gewissen Rückbildung kommen wird, so hängen Tempo und Ausmass doch sehr davon ab, wie sich das Experiment ausgewirkt hat, und wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Folge gestalten werden. Da ich in dieser Hinsicht nicht zu den unverwüstlichen Optimisten gehöre, die nur die Vorteile sehen oder sehen wollen, scheint mir auch die Hoffnung auf ebenso billiges Geld wie in England nur schwach begründet und als Vergleich oder Argument für die Devalvation zum mindesten als nicht gerechtfertigt. Dabei hat der billige Zinsfuss auch seine Kehrseite, die sich für

die Rentner, die Pensionierten und Inhaber von Lebensversicherungspolicen, kurz für alle, die auf einen angemessenen Zinsertrag angewiesen sind, zu einer Kardinalfrage erster Ordnung stellen muss. Wie sich die Herren die Rentenzahlung vorstellen, wenn nur noch 1 % oder meinetwegen 2 % Ertrag für die Fonds vorhanden ist, weiss ich nicht. Sie sind uns in diesem Punkte die Aufklärung noch schuldig geblieben. Im übrigen ist kaum anzunehmen, dass in London und New-York die heutigen tiefen Zinssätze bleiben werden, wenn der internationale Kapitalausgleich, dem sich gegenwärtig noch verschiedene Hindernisse in den Weg stellen, wieder einigermaßen funktionieren wird. Die Anpassung der Zinssätze in den grossen Geldzentren kommt dann von selber wieder. Man darf deshalb das billige Geld nicht als Dauererfolg der Devalvation ansehen und damit für die Abwertung Stimmung machen. Ich vermag darin nichts anderes als eine jener oberflächlichen Behauptungen zu erblicken, von Leuten, die entweder die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht sehen wollen oder dann überhaupt nicht zu erfassen vermögen und mit ihren Verlautbarungen nur Verwirrung in vielen Köpfen anstiften.

Gewiss ist der gegenwärtige Deflationsdruck und die damit verbundene Schmälerung der Kaufkraft der Bevölkerung kein Idealzustand, ja sogar sehr bedauerlich. Dem Bundesrat kann übrigens in dieser Hinsicht der Vorwurf einer sehr widerspruchsvollen Wirtschaftspolitik nicht erspart werden, indem er einerseits Lohnabbau und Anpassung predigt, während er anderseits mit seinen Zoll- und Kontingentierungsmassnahmen ein Ansteigen der Preise geradezu fördert, und es ist durchaus verständlich, dass die lohnempfangende Bevölkerung diese Entwicklung mit einer steigenden Unruhe verfolgt. Ich glaube deshalb auch, dass gerade diese Widersprüche, aus einer gewissen Verzweiflungsstimmung heraus, früher oder später auch für die Währung nicht bedeutungslos bleiben werden. Aber der Abwertung zustimmen, um den Wirkungen der Deflation zu entgehen, heisst das Kind mit dem Bade ausschütten. Es ist nach meiner vollen Überzeugung vom Arbeiterstandpunkte aus ein verhängnisvoller Trugschluss, der die Not nicht lindern hilft, wohl aber in manche Familie neue Tränen bringt, weil die Devalvation die Kaufkraft des Arbeitseinkommens bei der Besonderheit unserer Verhältnisse für unsere Arbeiter nicht zu schützen vermag und den Charakter eines weitern Lohnabbaues erhalten muss. Zum ordentlichen Lohnabbau wird also noch ein ausserordentlicher kommen oder wie man etwa sagen hört: der kalte Lohnabbau. Wenn wir bedenken, dass bei einzelnen Industriearbeitergruppen bis zu 30 % am Lohn abgebaut worden sind, womit stellenweise sicher die unterste Grenze des gegenwärtigen Existenzminimums erreicht ist, ist es doch klar, dass dazu noch ein kalter Lohnabbau, d. h. ein Ansteigen der Preise der notwendigen Bedarfsartikel, für diese Leute ohne entsprechende Lohnerhöhungen, die von den «Abwertern» in sehr oberflächlicher Weise immer als fixe Tatsache in Rechnung gestellt, dabei aber keineswegs so unbedingt sicher eintreten werden, ein weiteres fast untragbares Opfer bedeuten und schwere soziale Störungen nach sich ziehen muss. Es wäre mir im höchsten Maße unverständlich, wenn man gerade in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung sich dieser wohl begründeten Argumentation verschliessen und in der Frage der Währung Hand in Hand mit jenen Nutzniessern marschieren würde, die zu einem guten Teil auf ihre Kosten aus der Abwertung spekulative Konjunkturgewinne erhoffen und sich bereichern wollen. Man argumentiert auch bei der Devalvation damit, dass nun unbedingt etwas getan werden müsse, das die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einschalte. Aber, verehrte Anwesende, das darf doch niemals mit Massnahmen geschehen, die die Gefahr in sich bergen, dass auch jenen noch das Existenzminimum gefährdet wird, die bisher wenigstens noch leidlich durchgekommen sind. Und diese Gefahr liegt in der Devalvation, ganz abgesehen von der Tatsache, dass auch sie in den Abwertungsländern mit Ausnahme des überhaupt eine Sonderstellung einnehmenden Schwedens bisher, so wenig wie bei uns, eine befriedigende Lösung des Arbeitslosenproblems zustande gebracht hat. Und bis dieser unglückselige Kampf um unsere Währung einsetzte und unsere Wirtschaft so nachteilig beeinflusst hat, haben wir jeden Vergleich in dieser Hinsicht aushalten können.

Damit glaube ich Ihnen nunmehr in hinreichender Weise dokumentiert zu haben, wie sich nach meiner Ansicht für Sie als Vertreter der Konsumvereine und auch als Lohnempfänger das Problem der Abwertung stellt. Ich wiederhole, dass ich in ihr kein Mittel sehe, das unserer Wirtschaft eine dauerhafte Besserung zu bringen vermag. Es spricht viel dafür, dass ihre Wirkung sich in verhältnismässig kurzer Zeit verflacht und ihre sicheren Schäden weit grösser sind als ihre eventuellen Vorteile. Mit solchen Perspektiven darf das Experiment, das unsere gesamte Wirtschaft in einen längern Revolutionszustand versetzen muss, der bestimmt manches bisher schon Unbefriedigende weit übertreffen wird, einfach nicht gewagt werden, es sei denn, dass uns eben letzten Endes auch nichts anderes mehr übrig bleibt als die Kapitulation und die Verzweiflungstat der Geldverschlechterung! Wenn wir heute schon so weit sein sollten, nun wohlan, dann soll eben die Abwertung kommen. Aber dann dürfen wir sie nicht etwa als fortschrittliche oder erlösende Tat hinnehmen, sondern als Zeichen eines rechtlichen und wirtschaftlichen Niederganges. Und Sie alle haben davon keine Besserstellung zu erwarten, denn auch die Devalvation wird uns nur einen Schritt näher zur allgemeinen Verarmung bringen, dem weitere folgen, wenn wir nicht vernünftiger und haushälterischer wirtschaften und auch weiterhin den Besitz des Einzelnen mit Füssen treten und gewaltsam zerstören.

Ich weiss ja wohl, dass es nicht leicht und auch sehr undankbar ist, in wirtschaftlichen Fragen Prognosen zu stellen, und ich bin so wenig ein Prophet wie andere auch. Aber Sie können meinen Argumenten nun beipflichten oder nicht, das eine kann ich Ihnen mit ruhigem Gewissen sagen, dass das, was ich Ihnen nun soeben dargelegt habe, meine innerste Überzeugung ist, für die ich auch vor jedermann die Verantwortung übernehmen kann. Und wenn ich auch an dieser Stelle wieder für eine bodenständige Währungspolitik eintrete, so leiten mich dabei nicht persönliche Interessen oder diejenigen der Zentralbank, der die Abwertung nichts anhaben kann, sondern mein guter Glaube, damit der werktätigen Bevölkerung, aus der auch ich hervorgegangen bin und zu der ich mich immer noch hingezogen fühle, einen Dienst zu tun. Ob wir im übrigen die Währung auf ihrer heutigen Parität halten können oder nicht, vermag kein Mensch mit

absoluter Sicherheit zu beurteilen. Das hängt, wie bereits erwähnt, vielleicht weniger, als häufig irrtümlich angenommen wird, von äussern Einflüssen ab, als in allererster Linie von uns selber. Es ist nämlich durchaus unrichtig, zu glauben, dass wir den Franken nun auch nicht mehr zu halten vermöchten, wenn von dem kleinen Rest der Goldblockländer noch weitere abfallen würden. Mit solchen Argumenten operiert nur der Spekulant, aber kein objektiv denkender Volkswirtschafter, der ganz genau wissen muss, dass das nicht stimmt, denn wenn andere Länder «pleite» sind, ist es nicht unbedingt notwendig, dass wir es auch sein müssen. Dagegen steht das Eine einwandfrei fest, dass wir den Franken in dem Trubel der Zeiten, die uns noch bevorstehen, nur halten können, wenn wir selber ernstlich wollen, daran glauben, danach handeln und nicht bei jeder Gelegenheit so gleichsam als Hintertürchen die Devalvation doch noch halbwegs ins Auge fassen. Damit kommen wir in der Krisenbekämpfung bestimmt nicht vorwärts, weil die lähmende Unsicherheit das gesamte Wirtschaftsleben tangieren muss, vielleicht fast so viel wie das fait accompli selber. Oder glaubt denn jemand im Ernste, dass die Wirtschaft gesunden kann, solange von der währungspolitischen Seite immer wieder diese ständige Beunruhigung kommt und das Kapital nicht zur Ruhe kommen lässt? Glaubt jemand weiter, dass es uns wirtschaftlich besser gehen kann, solange das Parteigezänk seine zersetzende und zerstörende Wirkung ausübt und das Schweizervolk in unzählige Lager spaltet? Darin liegt auch die Ursache für die Kapitalflucht und die 1000 Millionen, die bei uns in Gold und Noten thesauriert sind und die unsere Wirtschaft und unsern Geldmarkt auch zu beleben vermöchten, wenn sie nur annähernd an den Markt zurückfliessen würden. Man muss die Fehler und Ursachen da suchen, wo sie wirklich sind und nicht in der Währung, die glücklicherweise noch zum Besten und Gesundesten in unserm aufgewühlten Vaterlande gehört, und es wäre meines Erachtens ein Verbrechen an Land und Volk, wenn wir auch noch diesen Stein aus dem festen Gefüge, auf dem wir noch basieren, herausreissen würden. Man kann ja nicht behaupten, dass in der Schweiz nichts gegen die Krise getan werde. Dagegen wird man den Eindruck nicht los, dass viel getan wird, das mehr schadet als nützt. In dieses Kapitel gehört u. a. auch der unglückliche, vielfach rein grundsätzliche Kampf um die Währung und die höchst bedenkliche Geistes- und Rechtsauffassung, die in den Begehren nach einseitiger Zinsherabsetzung oder Aufschub der Amortisationsverpflichtungen von öffentlichen Schuldnern zum Ausdruck kommt. Das sind Rechtsverirrungen bösester Art, die nicht scharf genug verurteilt werden können und die geeignet sind, den öffentlichen Kredit und seine vielgepriesene Mündelsicherheit radikal zu zerstören, was den Anfang vom Ende bedeutet. Wenn wir diesen gefährlichen Anfängen nicht wehren, so ist uns allerdings nicht mehr zu helfen und unsere eigene Grundsatz- und Rechtslosigkeit wird uns früher oder später zwangsläufig einem Niedergang entgegenführen, der unser Land in erdrückende Verarmung zurückwirft, die Reiche und Arme nicht verschonen wird. Besinnen wir uns doch endlich darauf, was wir alles zu verlieren haben, bevor wir uns gegen natürliche und mit mathematischer Sicherheit ihren Weg gehende wirtschaftliche Gesetze leichtfertig versündigen. Es darf auch der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass die Bundes- und kantonalen Behörden, die für Waisen-, Versicherungs- und Krankenkassengelder etc. die sog. mündelsichere Anlage vorschreiben, d. h. die öffentlich garantierte Obligation, die einzig richtige Konsequenz daraus ziehen und keinen Massnahmen ihre Zustimmung geben, die geeignet sind, diese Anlagen und den letzten Rest von Vertrauen zu zerstören.

Man wird sich deshalb auch in der Währungsfrage nicht von den Interessen Einzelner leiten lassen dürfen, sondern das grosse Problem wird immer die Sorge um die Existenz des Schweizervolkes bleiben müssen, dem der Kampf um das tägliche Brot nicht unnötig erschwert werden darf, wohl aber nach Möglichkeit zu erleichtern ist. Darin liegt die Kernfrage, weshalb man es sich wohl überlegen muss, was man tut, und ich bin immer noch der Meinung, dass eine zeitlich weitverteilte und sorgfältig differenzierte und die kleinen Einkommen weitgehendst schonende Anpassung entschieden das kleinere Uebel ist als die Abwertung. Und die Vernunft gebietet uns doch, zwischen zwei Übeln das geringere zu wählen, in dem Momente, wo anscheinend kein anderer Ausweg mehr offen sein soll. Natürlich nicht eine Anpassung, die, wie sie im grossen und ganzen bisher bei uns vordemonstriert worden ist, nur einseitig die Senkung des Lohnniveaus zum Ziele hat, sondern auch mit der Anpassung der Preise wirklich ernst macht, ansonst ja jede sog. Deflationspolitik zum wirtschaftlichen Unsinn werden und die berechtigte Empörung der Lohnempfänger geradezu herausfordern muss. Im übrigen glaube ich, dass die Nationalbank, die immer noch konsequent für die Erhaltung der heutigen Frankenparität eintritt, die wirtschaftlichen Zusammenhänge besser erfasst, das Für und Wider gründlicher geprüft hat, als die Abwertungsapostel, die uns in dieses unabsehbare Experiment hineinmanövrieren wollen, von dem sie sich nur ungenügend Rechenschaft geben und für das sie die Verantwortung gar nicht übernehmen können. Ich möchte wünschen, dass man sich in Ihren Kreisen dieser Einsicht nicht verschliesst, den Lockungen für die Abwertung nicht kritiklos folgt und in Ihrem eigenen und im Landesinteresse die Bestrebungen unserer Notenbank auf Erhaltung eines gesunden Schweizerfrankens nach Möglichkeit unterstützen hilft. Das hat mehr Sinn und wirtschaftlichen Zweck, als Theorien nachzujagen, die sich nicht nur von Land zu Land verschieden auswirken, sondern auch noch, je nach Zufälligkeiten, falsch oder richtig sein können. Es steht für uns allzuviel auf dem Spiel, als dass man in dieser eminent wichtigen Frage nur so leichtfertig «pröbeln» könnte! Die Währungsfrage ist bei der Nationalbank in guten Händen. Sie allein soll auch in Zukunft entscheiden, und es ist meines Erachtens eine nationale Ehrenpflicht, in dieser politisch und wirtschaftlich gestörten Zeit ihre Aufgabe nicht unnötig zu erschweren. Vergessen wir nicht, dass es nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftliche Landesverteidigung gibt, und es hat keinen grossen Zweck, Festungen, Kanonen und Flugzeuge zu bauen, wenn wir uns finanziell selber zugrunde richten. Was uns heute dringend nottut, ist nicht Kampf und immer wieder Kampf um alle möglichen und unmöglichen wirtschaftlichen und politischen Anschauungen, sondern Verständigung und Zusammenarbeit im Interesse eines höheren Zieles, im Interesse unseres schönen Vaterlandes.

Pressestimmen zum Referat von Direktor Heinrich Küng.

Nachdem die Delegiertenversammlung in Luzern das Referat von Direktor Küng einhellig mit so grossem und warmem Beifall entgegengenommen hatte, war zu erwarten, dass das Echo desselben in der Presse deutlich widerhallen werde.

Aeusserungen in der Finanzpresse sind uns noch nicht unterbreitet worden, dagegen können wir einige Urteile aus der politischen Tagespresse wiedergeben.

Die «Freie Innerschweiz», das sozialdemokratische Blatt des Kantons Luzern schreibt zusammenfassend über die Delegiertenversammlung:

«Wenn auch diese Delegiertenversammlung im Unterschied zu früheren keine grossen Fragen in freier Diskussion wälzte, wenn auch die Gedanken Dr. Jaeggi's in seiner Eröffnungsrede und besonders auch der Vortrag von Direktor Küng über die Währungsfrage eine Diskussion und andere Ansichten wohl ertragen hätte (eine Diskussion war absichtlich ausgeschlossen. Die Red. des «S. K.-V.») — namentlich die etwas einseitige Behandlung der Devalvation durch den Bankdirektor, der die Frage, was mit den Arbeitslosen dann nun geschehen soll und wie die Produktion belebt werden könnte, völlig vergass und auch nicht davon redete, was alles schon entwertet ist ohne Devalvation — so bot diese Tagung den Pionieren der Genossenschaftsbewegung doch wieder vielerlei Anregung. Ein Tag im Jahr unter Menschen gleicher Pflichterfüllung und gleicher Ideale tut allen gut.»

Die übrige sozialdemokratische Tagespresse brachte längere Auszüge des Referates mit der nachfolgenden, den Vortrag wertenden Einführung:

«Der Arbeiter hat sich in der Schweiz bisher wenig für Währungsfragen interessiert. Mit der Verschärfung der Krise, mit der Deflationspolitik des Bundesrates (Lohnabbau bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebensmittel) ist das nun anders geworden, und in den Gewerkschaften und in der Partei finden die Währungsfragen zunehmendes Interesse. Einen wertvollen Beitrag zu dieser Diskussion bildet der in seiner Offenheit sensationell wirkende Vortrag, den der Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, H. Küng, an der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Luzern hielt. Die Genossenschaftliche Zentralbank ist bekanntlich die Bank der Genossenschaften und von Gewerkschaften. Aus diesem Vortrag seien nur einige Sätze, zum Teil willkürlich herausgegriffen, um zu zeigen, was Direktor Küng, der als Privatmann sprach, aber als gewiegter Fachmann betrachtet werden muss, dazu sagt.»

Am eingehendsten beschäftigte sich mit dem Referat die «Neue Zürcher Zeitung», die ihren Handelsredaktor persönlich nach Luzern delegierte. Nachdem Herr Dr. O. das Referat engehend analysierte, fasste er sein Urteil in folgende Worte zusammen:

«Das sehr glücklich formulierte Referat wurde von der mächtigen Versammlung mit gespanntem Interesse angehört und am Schlusse mit mächtigem Beifall so ostentativ verdankt, dass über die währungspolitische Einstellung der Konsumvereinselite kaum noch ein Zweifel hätte bestehen können. Die Belehrung dürfte deshalb gute Früchte zeitigen, denn manchem der Delegierten hat sie den Rücken gestärkt und ihm auch das geistige Rüstzeug vermittelt, um in seinem Kreise mit noch grösserem Nachdruck für eine Politik des gesunden Frankens zu wirken.»

Auch wir sind der festen Ueberzeugung, dass durch diese Veranstaltung ein neues Bollwerk aufgerichtet wurde zur Verteidigung unserer gesunden Währung.

Amortisation auf ersten Hypotheken.

Das Verlangen einzelner Banken von Amortisationen auf erstrangigen Hypotheken hat in der Öffentlichkeit und insbesondere bei den Schuldnern eine gewisse Unruhe und Mißstimmung hervorgerufen, wobei es in einzelnen Kreisen besonders übel vermerkt worden ist, dass auch die Genossenschaftliche Zentralbank sich diesem Vorgehen angeschlossen hat oder gar vorangegangen ist. In der Kritik dieser Massnahme geht man leider vielfach von so falschen Voraussetzungen aus, dass ich Wert darauf lege, zur Abklärung dieses Themas in den genossenschaftlichen Kreisen kurz die näheren Gründe und Überlegungen, die zu diesem Vorgehen Veranlassung gegeben haben, auseinanderzusetzen.

Grundsätzlich ist einmal festzustellen, dass eine Bank nicht nur die Interessen der Schuldner zu wahren hat, sondern allen voran diejenigen der Einleger, der Gläubiger, die im guten Glauben an eine seriöse Verwaltung einem Institute ihr Geld anvertrauen und es damit erst in den Stand setzen, Ausleihungen an Schuldner vorzunehmen. Es ist somit eine allererste Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Gelder nach menschlichem Ermessen auch sicher angelegt und die Gläubigerinteressen nicht gefährdet werden. Wenn die Genossenschaftliche Zentralbank nach diesem einzig richtigen Prinzipe handelt, so braucht sie sich deswegen auch nicht zu schämen oder sich gar, wie das auch geschehen ist, ungenossenschaftliches Handeln vorwerfen zu lassen. Wenn man Kritik üben will, so ist genaue Sachkenntnis und Überblick über die wahren Verhältnisse und Zusammenhänge eine erste Voraussetzung.

Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, dass wir die gegenwärtige Entwicklung am Liegenschaftsmarkte haben kommen sehen, was uns seinerzeit auch dazu bewog, in unserm Jahresberichte von 1933 auf die Notwendigkeit von Amortisationen hinzuweisen, wobei wir, weil wir die Schwierigkeiten freiwilliger Abzahlungen nicht verkannten, sogar eine gesetzliche Regelung auf eidgenössischem Boden in Vorschlag brachten. Seither ist in dieser Angelegenheit nichts geschehen und, wie in vielem andern auch, nur davon gesprochen, aber nicht gehandelt worden. Das Problem ist jedoch für den aufmerksamen und unvoreingenommenen Beobachter akuter als je, so dass sich vernünftigerweise für die Genossenschaftliche Zentralbank gar keine andere Lösung ergeben konnte als das zu tun, was sie als recht und gut erkannt hatte, selbst auf die Gefahr hin, da oder dort auf Opposition zu stossen.

Die Idee von Amortisationen auf ersten Hypotheken ist nicht neu. Früher kannte man gar nichts anderes, und die Hypothekarkasse des Kantons Bern und der Crédit Foncier Vaudois, um nur zwei bedeutende Hypothekarinstitute zu nennen, haben überhaupt nur Amortisationshypotheken bewilligt, so dass mir scheinen will, dass das, was andernorts möglich ist, auch im Genossenschaftswesen, das sich doch so sehr auf sein gesundes Wirtschaften und seine fortschrittlichen Traditionen beruft, nicht unmöglich sein sollte. Unser Ansatz von ½ % ist in den meisten Fällen durchaus tragbar, und ich habe schon bei früherer Gelegenheit einmal darauf hingewiesen, dass die Erträgnisse aus den Liegenschaften vielfach für andere Zwecke als zum einzig richtigen, nämlich der möglichst starken Tilgung der Hypotheken verwendet werden. Würde in dieser Beziehung der Gläubiger ein wenig erzieherischer wirken, so liesse sich das ganz gut korrigieren, und es könnte sich im Laufe der Zeit zu beider Vorteil eine ganz andere Position herausbilden als ohne Abzahlungen. Das Begehren nach Amortisationen hat mit der momentanen Sicherheit

des Pfandes — wie etwa leichthin angenommen wird — nicht das Geringste zu tun. Es ist keineswegs ein Misstrauensvotum, sondern stellt einzig und allein eine Sicherheitsmassnahme auf lange Sicht dar im Interesse der Bankeinleger, nicht zuletzt aber auch in demjenigen der Schuldner selber. Jede Liegenschaft verfällt, je nach Lage und Charakter, im Laufe der Jahre mehr oder weniger dem ganz natürlichen Wertverminderungsprozess, und es ist nichts anderes als eine Selbsttäuschung, zu glauben, dass die eigene Liegenschaft davon ausgenommen sei und die Zeit spurlos an ihr vorübergehe. Wenn wir heute, um ein Beispiel zu nennen, ein Haus im Verkehrswerte von Fr. 100,000.— im ersten Rang mit Fr. 60,000.— = 60 % belehnen, so ist das eine normale I. Hypothek. Aber wenn wir hierauf keine Abzahlungen erhalten, so ist nach meinetwegen 20 Jahren die Schuld immer noch gleich hoch, in einem Zeitpunkte, wo das Haus nicht mehr Franken 100,000.—, sondern vielleicht nur noch Franken 80,000.— oder noch weniger wert ist. Die Belehnungsgrenze ist in diesem Falle dann nicht nur 60 %, sondern vielleicht 80 % und mehr. Der vermeintliche Schuldbrief im I. Rang ist mittlerweile teilweise somit in das Risiko der nachgehenden Hypotheken hineingewachsen und belastet das Haus möglicherweise gar bis zum letzten Dachziegel. Sie ist also nur noch dem Namen nach eine erstrangige Hypothek, innerlich ist sie es schon längst nicht mehr. Wenn deshalb in den Jahresberichten gleichwohl noch von I. Hypotheken gesprochen würde, so käme das mehr oder weniger auf eine Täuschung der Gläubiger hinaus, indem man etwas vorspiegelt, das gar nicht ist. Ganz anders aber verhält es sich mit der systematischen Amortisation. Mit der durchaus tragbaren Quote von ½ % kommen wir in 20 Jahren um 10 % auf 50 %, in 40 Jahren um 20 % auf 40 % zurück usw., womit die Belehnung sich in einem Rahmen hält, die wirklich einer ersten Hypothek entspricht und jenen Sicherheitsgrad aufweist, der von einer solchen auch verlangt werden muss.

Mit den Abzahlungen auf den nachgehenden Hypotheken, wie etwa argumentiert wird, ist das Problem der I. Hypothek für eine Bank nicht gelöst. Die logische Folge davon ist lediglich die, dass wohl der nachgehende Kreditor zu seinem Gelde kommt, der privilegierte aber gegen jede Vernunft nichts erhält, jahrzehntelang mit derselben Position dasitzt, immer mehr ins Risiko hineinwächst, während zudem noch die hintern Gläubiger, die im Falle einer Zwangsverwertung für den Inhaber der I. Hypothek immer eine gewisse Rückendeckung darstellen, mit der Zeit durch Rückzahlung in Wegfall kommen. Das ist auf die Dauer ein unbefriedigender Zustand, der für die erste Hypothek gefährlich werden kann. Es gilt, ihm deshalb rechtzeitig zu begegnen, und in der systematischen Abzahlung, und zwar nicht nur der nachgehenden Hypotheken, sondern der parallelen Tilgung, liegt auch die einzig richtige Lösung. In den Fällen, wo die Erträgnisse das nicht gestatten, wird mit einer bescheidenen Reduktion der Abzahlungsquote auf der II. Hypothek der Ausgleich hergestellt werden können, was für den nachgehenden Gläubiger um so tragbarer ist, als sich ja die Vorgangshypothek entsprechend vermindert und somit keine Verschlechterung seiner Position eintritt.

Nun sind wir uns ja vollauf bewusst, dass die Verhältnisse zurzeit nicht überall so sind, dass die für die Abzahlungen erforderlichen Beträge ohne weiteres aus den Mietzinseinnahmen herausgeholt werden können, und es liegt uns vollständig ferne, diese Schuldner zu «plagen» oder gar auf den Kopf zu stellen. Wir haben deshalb in unserm Zirkular ausdrücklich erwähnt, dass die Abzahlungen im Rahmen ihrer Mittel und ihres Könnens erfolgen sollen. Das ist deutlich genug, und wer nicht hinter allem etwas anderes sucht, kann es auch nicht anders verstehen als es zu verstehen ist, nämlich, dass wir auf die Verhältnisse des einzelnen Schuldners Rücksicht nehmen wollen. Aber wir haben die Auffassung, dass jene, die Amortisationen leisten können, solche auch leisten müssen und sich nicht in einseitiger Weise hinter den unhaltbaren Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung verschanzen dürfen. Ebensogut können auch wir uns auf unsere Grundsätze berufen, die viel wichtiger und für die Gläubiger schicksalsschwerer sind als der etwas naive Grundsatz, auf den I. Hypotheken nichts abzuzahlen, weil das gegen die eigene Überzeugung geht. Die Genossenschaftliche Zentralbank verwaltet heute nahezu für 50 Mill. Franken I. Hypotheken, und es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese I. Hypotheken auch solche bleiben und sich nicht im Laufe der Zeit zu einer Gefahr für das Institut und damit für die gesamte genossenschaftliche Bewegung auswachsen. Ich hoffe gerne, dass der verehrte Leser aus meinen Ausführungen verstehen lernt, dass es für eine Versicherungsgesellschaft oder für eine Hypothekenbank um mehr geht als nur um eine grundsätzliche oder oberflächliche Massnahme. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Wahrung der Gläubigerinteressen, die einer seriös geleiteten Bank immer noch näher stehen müssen als diejenigen der Schuldner. Es ist zu wünschen, dass man auch innerhalb der Genossenschaftsbewegung für diesen allein richtigen Standpunkt noch das nötige Verständnis aufbringt und nicht eine Massnahme, die notwendig ist und ein vernünftiges Ziel verfolgt, in den Sumpf einer unsachlichen Kritik hineinzieht. Auch der Einleger ist ein Genossenschafter, der Rücksichtnahme auf seine Ersparnisse verdient, und der Schuldner hat unrecht, wenn er alles nur von seinem persönlichen Gesichtsfeld aus betrachtet und jede Massnahme zum vornherein verdammt, die gegen seine Interessen verstösst. Wir haben uns immer bemüht, eine Politik zu treiben, die in weitgehendem Maße die Schuldner- und Gläubigerinteressen in Einklang zu bringen sucht. Das ist nicht immer sehr leicht, und es gibt Augenblicke, wo die Rücksicht auf die Gläubiger einfach allem andern vorzustellen ist. Wenn auch heute keine unmittelbare Gefahr für den Inhaber der I. Hypothek besteht, so ist es anderseits doch eine absolute Notwendigkeit, dass der Charakter derselben als risikolose Anlage auch durch alle Zeiten hindurch gewahrt wird. Ich bin der Meinung, dass in einem Zeitpunkte, wo die Menschen an den Banken keinen guten Faden lassen, weil sie durch Fehlleitungen riesige Verluste erlitten haben, man ein solches Geschäftsgebaren nicht zum Gegenstand der Kritik machen, sondern viel eher lobend registrieren und nach Möglichkeit unterstützen helfen sollte. Heute ist es noch Zeit zum Handeln, später vielleicht nicht mehr, und in einem Momente, wo das landwirtschaftliche Entschuldungsproblem im Mittelpunkt der Diskussion steht und einer dringenden Lösung

ruft, sollte man nicht auch bei den Wohnbauobjekten wieder dieselben Fehler machen, sondern den guten Willen aufbringen, selber das zu tun, was im Interesse seiner Konsolidierung auch notwendig ist. Und diese einzig richtige Einsicht sollte allen voran auch in der genossenschaftlichen Bewegung aufgebracht werden, selbst gegen alle Widerstände, die eine wirtschaftlich und politisch unruhige Zeitepoche eben mit sich bringen kann. Das Gute hat auf die Dauer immer noch recht bekommen, und es soll auch in unserer Bewegung führend bleiben!

Heinrich Küng, Basel.

Aus der Praxis

Die Berufs-Anforderungen.

8. Die Verkäuferin.

Da im Lebensmittelverkauf die weibliche Kundenbedienung vorherrscht, dürfte das Berufsbild der tüchtigen Verkäuferin unserm Leserkreis ganz besonderes Interesse bieten.

Die Verkäuferin stellt die persönliche Fühlungnahme mit der Kundschaft her; sie ist also ein wichtiges Bindeglied, auf dessen Auswahl und Ausbildung die grösste Sorgfalt verwendet werden sollte. Selten erfährt man, weshalb ein Kunde dem Laden verloren geht, denn bei weitem nicht alle Käufer beschweren sich, bevor sie anderswo einkaufen gehen. Nicht immer ist die Verkäuferin an der Unzufriedenheit schuld; aber auch wenn etwas mit der Bedienungs-Organisation oder der Ware nicht klappt, so fehlt es doch an der Fühlungnahme mit dem Verkaufspersonal, wenn die Kundschaft ihre Beschwerden nicht äussert. Auf jeden Fall ist es somit wichtig, dass die Verkäuferin rasch die richtige Fühlung mit der Kundschaft findet; ist diese einmal hergestellt, so ist auch auf Seite der Kundin das Eis gebrochen.

Diese Fühlungnahme von Mensch zu Mensch ist eine ganz persönliche Angelegenheit; sie kann nicht schulmässig erworben, wohl aber können vorhandene Anlagen durch Erziehung und Vertiefung des psychologischen Verständnisses entwickelt werden.

Die moderne Psychologie unterscheidet zwischen Anlagen zur Extraversion oder zur Introversion. Als extravertirt bezeichnet sie einen Menschen, der für alle von aussen kommenden Eindrücke offen ist, der die seelische Beziehung zum Nebenmenschen sucht und auch leicht findet. Der Extravertirte ist leicht zum Mitmachen bereit; er lebt nach aussen; die Umgebung wirkt anregend auf ihn ein; mit den Fröhlichen ist er fröhlich, und mit den Trauernden kann er Tränen vergiessen. Der Introvertirte dagegen lebt nach innen und in die Tiefe; nichts übernimmt er unbesehen; er ist nicht gefühllos, aber er hat Mühe, sein innerstes Erleben andern preiszugeben. Er ist deshalb oft in seinem Ausdruck gehemmt; wo er aber über Sprachgewandtheit verfügt, hat man den Eindruck, als ob nur der kalte Verstand spräche und kein warmes Gefühl dabei wäre.

Es wäre jedoch ein grosser Irrtum, zu schliessen: Folglich ist der extravertirte Menschentypus gut, und der introvertirte ist untauglich. Jede der beiden Veranlagungen hat ihre Licht- und Schattenseiten: was der extravertirte Typus an Gefühlsoberflächlichkeit zu viel hat, wirkt sich beim introvertirten als Hemmung aus. Auch gibt es sozusagen keine nur extravertirten oder nur introvertirten Menschen (sie wären beide lebensuntüchtig), sondern jeder Mensch stellt eine Mischung dar, in der die eine oder die andere Richtung vorherrscht.

Für die Verkäuferin ist eine Mischung mit vorherrschender Extraversion jedoch vorzuziehen. Wie aber soll man diese Veranlagung erkennen? Ein selbstsicheres Auftreten ist nicht immer gleichbedeutend mit der Fähigkeit, sich in andere Leute einzufühlen, während sich hinter der Schüchternheit nicht immer eine introvertirte Veranlagung, sondern oft auch eine sehr feinfühlende Natur mit seelischem Beziehungsbedürfnis verstecken kann. In Zweifelsfällen kann ein kompetenter Graphologe auf Grund der Handschrift über die Eignung zur Verkäuferin urteilen. Im Allgemeinen darf man jedoch sagen, dass eine Tochter, die aus Lust und Liebe zum Beruf die Laufbahn einer Verkäuferin wählt, über eine natürliche Veranlagung zur Fühlungnahme mit der Umwelt verfügt. Es gilt dann nur, die Veranlagung noch zu verfeinern und zu vertiefen.

Mit dem stereotypen Lächeln allein und einer erkünstelten Freundlichkeit ist es nämlich noch lange nicht getan, sondern die gute Verkäuferin muss herausfühlen können, ob die zu bedienende Kundin eine gewisse Herzlichkeit oder eine höfliche Zurückhaltung bei ihr mehr schätzt. Gerade introvertirte Naturen empfinden es leicht als eine Belästigung, wenn man ihnen mit unerwünschter Herzlichkeit zu nahe treten will. Diese Seite der beruflichen Ausbildung kann in einem andern Zusammenhang noch ausführlicher behandelt werden; für heute wollten wir nur zwei Tatsachen verständlich machen:

1. dass die gute Verkäuferin über eine natürliche Veranlagung zur leichten Fühlungnahme mit der Umwelt verfügen muss, und
2. dass diese Veranlagung durch eine systematische Ausbildung noch vertieft und verfeinert werden kann und sollte.

Im Uebrigen möchten wir aus den Berufsanforderungen an die Verkäuferin noch folgende Punkte herausgreifen:

Intelligenz:

Praktische Menschenkenntnis (kann durch Schulung vorbereitet und durch die Erfahrung erworben werden).

Einfühlungs- und Beobachtungsvermögen (vom Einfühlungsvermögen war soeben die Rede; das Beobachtungsvermögen kann durch Übung entwickelt werden).

Anpassungsfähigkeit (nicht nur an die bleibende Umgebung, sondern auch an die wechselnde Kundschaft. Diese Eigenschaft setzt ein gutes Verständnis für das voraus, was von einem erwartet wird).

Raschheit und Beweglichkeit der Auffassung (um nicht zwei Mal fragen zu müssen);

bewegliche Aufmerksamkeit (um nicht zu überhören, was noch weiter gewünscht wird);

Merkigkeit (herausmerken, was der Kunde wünscht, auch wenn er es nicht genau sagt);

eigene Einfälle (um unentschlossenen Käufern raten zu können);

sich nie verblüffen lassen (um nie aus der Fassung zu kommen).

Redegewandtheit (selbstverständlich, was aber von der Schwatzhaftigkeit grundverschieden ist);

Suggestions- und Überzeugungskraft (d. h. man muss seine eigene Überzeugung mit grosser Sicherheit vertreten können, ohne aufdringlich oder rechthaberisch zu sein);

aber keine Fabulistik (keine gewagten Behauptungen aufstellen, nicht das Blaue vom Himmel herunterschwatzen);

Sinn für das Wesentliche (um einen guten Überblick zu wahren und sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren);

ohne Pedanterie (Genauigkeit muss zwar sein, aber sie soll die Anpassungsfähigkeit nicht verhindern).

Fähigkeit, die Waren richtig zu präsentieren (also eine gewisse Erziehung und Verfeinerung des persönlichen Geschmacks, unter Berücksichtigung der Ansprüche der Kundschaft).

Gutes Gedächtnis für Namen und Gesichter (eigentlich selbstverständlich, sonst kommt sich die Kundschaft fremd vor).

Charakter:

Gefühlsveranlagung: Gewandte, liebenswürdige Umgangsformen, leichtes Kontaktfinden, ohne sich zu verlieren; (zum Teil schon behandelt; eine zu enge Fühlungnahme schliesst natürlich die Gefahr in sich, von gesprächigen Kundinnen nicht mehr loszukommen, während man noch andere bedienen sollte).

Viel Geduld (dies gilt namentlich gegenüber aufgeregten oder launischen Kunden, aber nicht zum Abhören von unnützem Geschwätz).

Unterordnungsfähigkeit trotz Selbstbehauptung (man soll den Wünschen des Kunden entgegenkommen, aber doch immer wissen, was im Interesse des Geschäftes zu tun ist).

Keine depressiven Neigungen (immer eine heitere Laune zur Schau tragen, auch wenn es einem nicht drum ist).

Zuversicht in das eigene Können (nervöse Kunden werden noch nervöser, wenn sie merken, dass die Verkäuferin ihrer Sache nicht sicher ist).

Willensveranlagung: Lebendigkeit, Aktivität, Initiative (versteht sich von selbst; die Kundschaft darf nicht den Eindruck bekommen, dass sie die Verkäuferin stossen oder schieben muss, um sie in Bewegung zu bringen).

Arbeits-Charakter:

Verständnis für den Wert der Zeit (speditive Bedienung, sich bei aller Höflichkeit nicht auf unnütze Gespräche einlassen).

Zuverlässigkeit in moralischer und materieller Hinsicht (selbstverständlich, im Hinblick auf den eigenen, wie auf den Ruf des Geschäfts);

ein gewisser Gleichmut im Überwinden oder Umgehen von Schwierigkeiten (nie nervös oder aufgeregt werden, oder es wenigstens nie zeigen).

Berechnung, aber nicht unehrlich (um die Geschäftsinteressen auf eine ehrliche Weise zu wahren).

Damit dürften die Hauptpunkte aus dem Berufsbild der Verkäuferin berührt sein. Es liesse sich selbstverständlich noch vieles sagen; alle weitern Überlegungen und Bemerkungen kann aber jede Leserin aus ihrer eigenen Erfahrung selbst machen.

A. Carrard

Wie können wir das Vertrauen der Genossenschafter gewinnen?

Im Mitteilungsblatt Nr. 9 des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz steht hierüber folgendes:

Man kann das Vertrauen der Genossenschafter nur gewinnen, wenn man selber Feuer und Flamme ist für das Genossenschaftswesen. Wenn wir lau und widerspruchsvoll unsere Sache vertreten, gewinnen wir keinen Menschen, und wenn wir nicht in jeder Beziehung still und selbstverständlich mit dem guten Beispiel vorangehen, stossen wir mehr Leute ab, als wir gewinnen; also auch da Arbeit an sich selber leisten. Mit der Erziehung und mit der Kritik an sich selbst beginnen.

Wenn wir also zur Erkenntnis kommen, wieviel wir noch zu lernen haben und wieviel an uns noch fehlt, bis wir wirklich gute, treue Genossenschafter sind, dann ist die Grundlage geschaffen, Vertrauen zu gewinnen, weil wir dann Geduld haben können.

Das Vertrauen der Menschen fliegt einem nicht immer so leicht zu, es kann auch nicht erzwungen werden, sondern es will oft erkämpft und verdient werden mit viel Geduld und zäher Ausdauer.

Eine weitere Erkenntnis ist die: dass wir die Menschen, die wir bearbeiten müssen, studieren sollen. Wir müssen uns in die Lage des Menschen, dessen Vertrauen wir gewinnen wollen, zu versetzen suchen und ihn nicht von uns aus beurteilen, dann finden wir viel leichter Gemeinsames, Bindendes. Der Arbeitslose und seine event. im Erwerbsleben stehende Frau müssen anders angefasst sein, als ein in sicherer Stellung befindlicher Angestellter und seine Frau. Der Gewerbetreibende wie der Industriearbeiter, der Bauer und der Bürolist haben alle ihre Nöte und benötigen unser Verständnis. Sollen wir allen in allem recht geben? Das können wir wohl nicht, aber ihnen gerecht zu werden, das müssen wir versuchen, so bauen wir Brücken. Wo können wir Vertrauen gewinnen? Da, wo wir Vertrauen entgegenbringen. Wenn keine Wechselbeziehung besteht, ist es nichts Dauerndes. Der Kreis muss geschlossen sein, darf keine Lücken haben; Verwaltung der Genossenschaft, Personal und Konsument müssen zueinander in einem Vertrauensverhältnis stehen. Das zu schaffen ist eine schöne Aufgabe für uns Frauen. Wenn Aussenstehende dieses Band des Vertrauens durch die Genossenschaft sehen und spüren, dann werden sie gewonnen.

Selbst da, wo Differenzen bestehen, kann durch Zugestehen der Mängel und taktvolle, offene Aussprache, verlorenes Vertrauen wieder gewonnen werden. Wohl das Wichtigste zur Schaffung des Vertrauens ist Unbestechlichkeit, Takt und unbedingte Wahrhaftigkeit. Reell wie die COOP-Artikel müssen auch die Dienerinnen der Genossenschaft sein.

Nur den Leuten nicht mehr versprechen, als man ihnen bieten kann, ihnen aber hilfsbereit und ratend zur Seite stehen, und zwar so, dass sie wissen, dass nicht alle Winde davon erfahren und alle Spatzen es weiterpfeifen. Was im Ernst des All-

tags gilt, soll auch Bestätigung finden bei frohem Zusammensein und festlichem Anlass. Schaffen wir den Menschen Freude, und das Vertrauen vertieft sich. Geben wir den Leuten Aufklärung und Belehrung, und das Vertrauen erhält sich. Lernen wir an den Genossenschaftern und sie werden an uns Stützen finden; dann kann die Genossenschaft wachsen und gedeihen zum Wohle der Allgemeinheit.

Kreiskonferenzen

Frühjahrs-Konferenz des Kreises V (Aargau) vom Sonntag, den 10. Mai 1936, im Rathaussaal in Zofingen.

Der Vorsitzende, Verwalter Schmid aus Gränichen, begrüsste die zahlreiche Versammlung, vor allem den Vertreter des Verbandes, Herrn Dr. Schär, Präsident der Verwaltungskommission, Herrn Hof, Vertreter des Verbandes für den Kreis V und Frau Baldinger-Müller aus Binningen.

In seiner Eröffnungsansprache kennzeichnet er vor allem das vergangene Jahr, das mit seinen Merkmalen, wie Arbeitslosigkeit und Lohnabbau, immer noch stark der Krise angehört und deshalb nicht wenig dazu hilft, die Prosperität unserer Genossenschaften zu beeinträchtigen. Er kann es nicht verstehen, dass es immer noch Männer gibt in den Regierungen und sogar Volkswirtschafter, die für den Lohnabbau eintreten können, wo wir doch als Genossenschafter wissen, dass nur eine anständige, ein auskömmliches Leben sichernde Entlöhnung der breiten Volksschichten die Kaufkraft sichert. Beispiele aus verschiedenen Ländern zeigen uns, dass in früheren Zeiten bei kleinen Einkommen eine Verelendung der breiten Massen herrschte und Länder als Ganzes ärmer daran waren als heute. Damals sind aus diesen Gründen die Konsumvereine entstanden, um helfend in die Not breiter Volksschichten einzugreifen. Die Leute erkannten, dass nur durch Zusammenschluss etwas zu erreichen sei. Er erachtet es als keinen Fehler, dass heute um ein Vorwärtskommen wieder gekämpft werden muss, denn nur Kampf bringt Erfolg.

Der Kampf um das Warenhausgesetz hat leider noch nicht soweit zum Ziele geführt, dass dasselbe von unsern Behörden fallen gelassen wurde. Auch befriedigen ihn die Beschlüsse der paritätischen Kommission in keiner Weise, glaubt er doch, dass Beschlüsse in dieser Kommission gefasst wurden, die manchmal nicht begreiflich sind.

Die heutige Zeit erfordert aber auch von unserm Personal vermehrte Anstrengungen und ein vermehrtes Können. Der Kreisvorstand hat deshalb dieses Frühjahr verschiedene Instruktionskurse durchgeführt, die durch das verdankenswerte Entgegenkommen unseres verehrten Herrn Dr. Jaeggi wohl als voller Erfolg gebucht werden können. Waren doch auf 7 Plätzen nicht weniger als 293 Verkäuferinnen anwesend. Der allgemeine Eindruck, den diese Instruktionskurse hinterlassen haben, war ein sehr guter, was schon daraus hervorgeht, dass von mehr als einer Seite das Begehren gestellt wurde, dass solche Kurse in kürzeren Zwischenräumen stattfinden sollten. Speziell dankte er auch den Referenten. Es waren dies die Herren Siebenmann und Hunzinger, sowie Frl. Gaugler, Frl. Douvern und Frl. Eichhorn. Wir werden diese Kurse im nächsten Frühjahr wiederum zur Durchführung gelangen lassen und hoffen dadurch, das Ziel der Weiterbildung unseres Verkaufspersonals zum Wohl der einzelnen Genossenschaften wie auch der Mitglieder zu erreichen. Wir wollen aber dadurch unsern Mitgliedern nicht nur materielle Vorteile zu vermitteln suchen, sondern sie auch mit den ideellen, die in der Genossenschaftsbewegung leben, vertraut machen, denn diese werden doch in der Zukunft den Sieg davontragen; diesen Glauben dürfen wir nie verlieren.

Das Protokoll der Herbstkreiskonferenz vom 20. Oktober 1935 in Muhen wurde stillschweigend genehmigt.

Der Appell ergab aus 50 Vereinen 119 Delegierte. Entschuldigt und unentschuldigt abwesend zusammen 9 Vereine.

Herr Widmer aus Safenwil verlas einen Gruss an die Delegiertenversammlung, der stark applaudiert und vom Präsidenten gebührend verdankt wird.

Als Stimmenzähler beliebten die Herren Hitz-Turgi und Wettli-Bremgarten.

Die Jahresrechnung wurde von den Revisoren verlesen. Dieselbe verzeigt auf den 31. Dezember 1935 eine Vermehrung des Vermögens um Fr. 541.75 bei einem Bestand von Fr. 11,897.31. Der Jahresbeitrag wurde auf seiner bisherigen Höhe belassen.

Auf die diesjährige Frühjahrskreiskonferenz war auch die Amtsdauer sowohl des Kreisvorstandes als auch der Revisoren abgelaufen. Der Präsident konnte mitteilen, dass ihm von keiner Seite Demissionen gemeldet worden seien und sich deshalb sämtliche Mitglieder dieser beiden Organe einer Neuwahl unterziehen. Weitere Nominationen aus der Mitte der Versammlung wurden nicht genannt, sodass sowohl der Vorstand wie die Revisoren in ihrer bisherigen Zusammensetzung von den Delegierten in offener Abstimmung wiedergewählt wurden. Der Vorsitzende dankt für das grosse Vertrauen.

Hierauf erhielt Herr Dr. Schär das Wort zur Betrachtung des Jahresberichts und der Jahresrechnung des V. S. K. Er ergänzte seine sehr interessanten Ausführungen durch Einflechtung verschiedener Orientierungen und wichtiger Mitteilungen, die mehr interner Natur sind und auf seinen Wunsch nicht durch das Protokoll veröffentlicht werden.

An der Delegiertenversammlung in Luzern soll auch das Projekt der sog. Studienzirkel, wie sie bereits in der welschen Schweiz eingeführt sind, besprochen werden. Referent wird Herr Dr. Faucherre sein.

Nachdem Herr Dr. Schär auch die übrigen Traktanden der Delegiertenversammlung in Luzern besprochen hatte, eröffnete der Präsident die Diskussion.

Herr Matter-Kölliken wünscht vor allem eine strengere Kontrolle der Vereine, speziell in Bezug auf die Unkosten.

Herr Brunner-Windisch erachtet die Ausgaben für die illustrierte Beilage des «Gen. Volksblattes» als überflüssig. Er hat sich auch dieses Jahr wieder die Mühe genommen, aus den Berichten der Revisionsstellen eine Zusammenstellung auszufertigen, aus der er einige interessante Vergleichszahlen bekannt gab. Er frägt sich auch, ob es nicht vorteilhafter wäre, den für die Propaganda in Fachzeitungen ausgesetzten Betrag den Vereinen für die Propaganda in den Lokalpressen zur Verfügung zu stellen. Er glaubt, dass damit ein propagandistisch besseres Resultat erzielt würde, denn wir haben auch im Aargau einige Vereine, die schwach sind und es sich nicht leisten können, grössere Ausgaben zu übernehmen.

Herrn Nöthiger-Oberentfelden freut es, dass man nun endlich soweit gekommen ist, andere Wege zu beschreiten und er hofft, dass das Versäumte nachgeholt wird.

Herr Dr. Schär antwortete den Diskussionsrednern. Er hat die nötigen Notizen gemacht und will dieselben in Basel an die betreffenden Instanzen weiterleiten.

Als nächster Konferenzort wird Fahrwangen bestimmt.

In der allgemeinen Umfrage gibt der Präsident bekannt, dass die Formulare für die Krisenabgabe der Treuhand-Abteilung des V. S. K. zugestellt werden können, die dieselben den Vereinen ausgefüllt wieder retournieren wird.

Im weitern gibt er bekannt, dass eine Vorlage über den Verkauf alkoholischer Getränke sich in Ausarbeitung befinde und der neuen darauf vorgesehenen Verkaufssteuer.

Herr Erb-Frick berichtete noch über den Ausgang des Kampfes zwischen ihrer Genossenschaft und den Bäckern in Frick, der zugunsten der Genossenschaft entschieden wurde.

Ein reichlich und gut serviertes Mittagessen im Hotel «Sternen» entschädigte die Delegierten für ihr Ausharren, nach dessen Erledigung einige Reden gewechselt wurden und auch Frau Baldinger-Müller Gelegenheit hatte, im Namen des K. F. S. an die Delegierten einige Worte zu richten.

Der Konsumgenossenschaft Zofingen und auch dem Arbeitermännerchor Zofingen sei an dieser Stelle für die flotte Durchführung der Konferenz der herzlichste Dank ausgesprochen. -r.

Bewegung des Auslandes

(Mitteilungen des I. G. B.)

Belgien. Der Geschäftsbericht des Genossenschaftsverbandes von Lüttich, der grössten belgischen Konsumgenossenschaft, der 18 Monate umfasst und mit Dezember 1935 schliesst, stellt fest, dass die Devalvationspolitik der Regierung in den ersten neun Monaten einen ungünstigen Einfluss auf die Umsatzgestaltung der Genossenschaft ausgeübt habe. Nach der Devalvation sei eine Besserung eingetreten, aber die Genossenschaft habe das Steigen der Preise nicht augenutzt, sondern an einer «gerechten Preispolitik» festgehalten. Ein zufriedenstellendes Merkmal in der Berichtsperiode ist das Ansteigen des Anteilkapitals auf über Fr. 5,1 Millionen. Dies war die erste Auswirkung der Bemühungen der Genossenschaft, ihr Eigenkapital mehr im Verhältnis zum Aktivvermögen aufzubauen. Auf die Einkäufe wird eine 5 prozentige Rückvergütung ausgeschüttet und ausserdem werden Fr. 7,7 Millionen für verschiedene Wohlfahrtszwecke zum Genuss der Mitglieder verwendet, was bei einem Umsatz in den 18 Monaten von Fr. 300 Millionen, 2,5 Prozent ihrer Einkäufe entspricht.

Frankreich. Nationaler Propagandafeldzug. Zufolge des vom Verband der Konsumgenossenschaften (F. N. C. C.) veranstalteten sechswöchigen nationalen Propagandafeldzugs sind viele neue Mitglieder der Bewegung beigetreten. Besonders bemerkenswert war eine unter der Aegide des Verbandes organisierter und von den Genossenschaften in verschiedenen Kreisen unterstützter nationaler Wettbewerb für die Gewinnung neuer Mitglieder. Ausserdem wurden noch 100 besondere Werbeversammlungen, zu denen sich 50,000 Personen einfanden und hunderte anderer Propagandaversammlungen, veranstaltet. Der Verband und die Genossenschaften liessen 1 Million Flugblätter und mehrere tausend Plakate herstellen. Artikel über das Genossenschaftswesen und Berichte über Versammlungen erschienen in zirka 60 lokalen Zeitungen. Die Auswirkungen des Feldzuges gelangen bereits in den höheren Umsätzen der Konsumgenossenschaften und den immer noch beitretenden Mitgliedern zum Ausdrucke.

Grossbritannien. Phänomenaler Erfolg eines Werbefeldzuges. In der ersten Woche des Werbefeldzuges, den die Royal Arsenal Co-operative Society, der zweitgrösste Konsumverein im Lande, unternommen hat, sind 27,837 neue Mitglieder aufgenommen worden. Der Konsumverein setzte sich ursprünglich für den acht Wochen dauernden Feldzug die Werbung von 30,000 Mitgliedern zum Ziel. Zwischen dem 20. April und 2. Mai wurden jedoch mehr als 42,000 neue Mitglieder aufgenommen.

Polen. Neue Zeitung für junge Genossenschafter. Im März dieses Jahres hat der Verband polnischer Konsumgenossenschaften «Spolem» die erste Nummer eines neuen Journals «Mlody Spoldzielca» (Der junge Genossenschafter) herausgegeben. Redaktor ist Herr Karl Haubold. Das Journal umfasst 16 Seiten mit je 2 Spalten Text, ist reichlich illustriert und für die Befriedigung der Bedürfnisse der 10,000 polnischen Schülergenossenschaften gedacht. Einige Schüler haben bereits Aufsätze beigesteuert.

Schweden. Genossenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Verbrauchern und landwirtschaftlichen Erzeugern. Eine in Stockholm abgehaltene Versammlung von Vertretern der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften beschloss die Einsetzung eines ständigen Ausschusses von Delegierten der beiden Organisationen. Dem Ausschuss wird die Förderung der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung obliegen, sowie auch die Schlichtung von Streitigkeiten, die entstehen können. Eine vorläufige Verständigung über die Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren wirtschaftlichen Beziehungen ist ebenfalls getroffen worden.

Norwegen. Andreas Juell 60 Jahre alt. Am 22. Juni wurde Andreas Juell, der oberste Leiter des Verbandes der norwegischen Konsumgenossenschaften, 60 Jahre alt. Juell war schon von seiner Jugend auf in der Konsumgenossenschaftsbewegung tätig, während einer gewissen Zeit als Vorsteher der Konsumgenossenschaft Kristiania (Oslo). 1915 wurde er Sekretär und 1919, nach dem plötzlichen Rücktritt Advokat Dehlis von diesem Posten, Präsident von Norges Kooperative Landsforening. h.

Bau- und Wohngenossenschaften

Eisenbahner-Baugenossenschaft Bern.

Die Depression auf dem Wohnungsmarkt bekam auch die Eisenbahner-Baugenossenschaft Bern zu spüren. Trotzdem darf sie mit der Tatsache zufrieden sein, dass von den 272 Wohnungen am Ende des Jahres nur 3 leer standen, die jedoch inzwischen vermietet werden konnten. Die Bilanzsumme beläuft sich gesamthaft auf rund Fr. 7,880,000. Auf der Aktivseite stehen u. a. Fr. 7,608,000 für Anlagen und Fr. 258,000 für ausstehendes Anteilkapital der Mieter. Bei den Passiven stellen die Hauptposten: Pflichtanteilkapital der Mieter Fr. 1,243,000, Hypotheken Fr. 6,184,000, Reservefonds Fr. 61,400, Darlehen der Versicherungskasse S. E. V. 62,000, Kreditoren 78,400. Der Betriebsüberschuss stellt sich auf Fr. 14,700.

Eisenbahner-Baugenossenschaft Basel.

Der einleitende Teil des Jahresberichtes dieser bedeutenden Baugenossenschaft enthält nicht überall erfreuliche Feststellungen. Wie an andern Orten macht man auch hier die Beobachtung, dass der Mieter mit dem Bezug einer Genossenschaftswohnung nicht immer auch genossenschaftlichen Geist mitbringt. Es wird darauf hingewiesen, wie froh zur Zeit der Beschränktheit der Wohnungszahl manche Familie war, als sie in einer Genossenschaftswohnung mit all den Vorteilen derselben Unterkunft finden konnte. «Und heute? Man kehrt sich von der Genossenschaft ab, weil sie nicht alles kann, oder weil der liebe Nächste nicht mehr «lieb» ist oder weil man überhaupt nicht mehr Genossenschafter sein will.»

Die Genossenschaft besitzt in rund 50 Häusern über 190 Wohnungen.

Die sich auf Fr. 3,674,000 belaufende Bilanz weist, nach Verteilung des Ueberschusses u. a. folgende Posten auf:

Aktiven:

Liquide Mittel	Fr.	96,800
Feste Anlagen	»	3,577,000

Passiven:

Fremdkapital	Fr.	3,268,000
Eigenkapital	»	406,000

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen.

Koppigen erzielte in dem am 30. April zu Ende gegangenen 36. Rechnungsjahre eine Erhöhung des Umsatzes um Fr. 10.— auf Fr. 175,940.—. Die A. K. G. **Schaffhausen** meldet in ihrem AKS-Boten für den Mai 1936 einen Ladenverkauf von Fr. 260,100.— gegenüber nur Fr. 234,600.— im Mai 1935. **Netstal** schliesslich berichtet im «Genossenschaftlichen Volksblatt» dass sein Maiumsatz 1936 den des Jahres 1935 um Fr. 1,381.48 übertreffe.

Vermutlich um auch dort hörbar gewordenen Vorwürfen wegen ungenügender Berücksichtigung der Bestrebungen auf wirtschaftliche Kantons- oder gar Gemeindeautarkie zu begegnen, macht der Konsumverein **Grabs** darauf aufmerksam, dass aus seiner Tätigkeit im letzten Jahr der Bevölkerung von Grabs in verschiedenen Formen zusammen der Betrag von rund Fr. 200,000.— zugeflossen sei. Das ist gewiss nicht der Gesamtumsatz, aber immerhin ein netter Prozentsatz davon. Im übrigen glauben wir, dass, wie allenthalben, die Bevölkerung von Grabs von einer vollständigen wirtschaftlichen Gemeindeautarkie, wenn sie einmal ernsthaft durchgeführt würde, kaum sehr entzückt wäre.

Der Konsumverein **Thun-Steffisburg** hatte mit der Burgergemeinde Thun einen Vertrag über den Ankauf eines Grundstückes unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Burgerversammlung geschlossen. Bevor aber dieser Vertrag noch der Burgerversammlung unterbreitet worden war, verlangte der Burgerrat eine Reihe von Aenderungen, die die Genossenschaft nicht annehmen konnte, so dass nun die ganze Geschichte ins Wasser fällt. Damit gehen Handwerk und Gewerbearbeiten verloren, die Fr. 100,000.— zweifelsohne überschritten hätten. Die Genossenschaft bemerkt dazu: «Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Unsere Handwerker mögen bei den «Kollegen» im Burgerrat anklopfen. Vielleicht dass das Geheimnis dann gelichtet wird. Auch auf unserem Bureau ist nähere Auskunft erhältlich».

Derselbe Konsumverein **Thun-Steffisburg** veröffentlicht einen Vergleich von aus 26 ihm bekannten Preisen von Mitgliedern des Rabattverbandes von Thun und Umgebung ausgewählten 17 Artikeln, für die eine Uebereinstimmung der Qualität als absolut sicher angesehen werden kann. Aus diesem Vergleich ergeben sich, und zwar ausnahmslos zu Gunsten der Genossenschaft, Differenzen der Bruttopreise (ohne Abzug von Rückvergütung oder Rabatt) von alles in allem 4 bis 30%, mehrheitlich 7 bis 9%. Dazu sagt die Genossenschaft unter anderm wohl nicht unberechtigt: «Was würden erst für Preise praktiziert, wenn kein Konsumverein bestände?»

Die Frauenkommission des Konsumvereins **Uster** und Umgebung sieht für den 30. Juni die Besichtigung einiger Betriebe des L. V. Zürich vor und lädt dazu auch weitere Genossenschafterinnen ein. Ein sehr nachahmenswertes Unternehmen, weiss man doch aus den Erfahrungen, die man mit den zahlreichen Besuchen der Betriebe des V. S. K. in Pratteln und Basel machen konnte, wie sehr Anschauungsunterricht auch bei Erwachsenen wirkt!

Der Konsumverein **Winterthur** nimmt entschiedene Stellung gegen einen in der Tagespresse erschienenen, wohl als Versuchsballon zu betrachtenden Artikel, der eine Ausdehnung des nach und nach eine traurige Berühmtheit erlangenden Warenhausgesetzes auch auf Bäckereien stipuliert. Denn schliesslich, warum sollen nicht auch die Bäcker den Schutz verlangen dürfen, den man den Spezereihändlern garantiert? Aus der Bäckereienquête, die der V. S. K. vor kurzem auf Anregung des Vereins schweiz. Konsumverwalter durchführte, kann man allerdings schliessen, was eine solche Massnahme für alle Bevölkerungsschichten mit Ausnahme gerade der wenigen Bäckermeister bedeuten würde. Eine bessere Massnahme zur Erhöhung des Brotpreises, den man ja, wie der hartnäckige Widerstand gegen eine Erhöhung des Getreidezolles von Seiten von Kreisen, die sonst keineswegs als Vertreter des Konsumentenstandpunktes anzusehen sind, zeigte immer noch als eine Art «pièce de résistance» oder «ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht» behandelt, und zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse im Bäckereigewerbe, könnte man sich kaum vorstellen.

Auf den Internationalen Genossenschaftstag hin gewähren einzelne Verbandsvereine ihren Mitgliedern wiederum gewisse Vorteile, die zumeist in der Ausrichtung der doppelten Rückvergütung auf sämtlichen Artikeln oder besonderen Artikelgruppen, wie z. B. Coop-Artikeln, bestehen. Veröffentlichungen, die derartige Vergünstigungen mitteilten, fanden wir in den Lokalauflagen der Verbandsvereine in **Burgdorf, Frauenfeld, Lachen Niedergösgen, Oberhofen b. M.** und **Safnern.**

Penthallaz sieht für den 19. Juli eine Reise nach den Rochers de Naye vor. **Schwarzenburg** unternimmt am 26. Juli eine in doppeltem Sinne blaue Reise, nämlich eine Fahrt ins Blaue mit dem blauem Pfeil. **Schöftland** beabsichtigt, insofern dafür genügend Interesse vorhanden ist, seine Mitglieder ins Walenseegebiet zu führen. Dass es manchmal an der Reiselust fehlt, besonders wenn es so lange regnerisch ist wie in diesem Jahre, zeigt das Beispiel von **Müllheim,** das seinen Reiseplan wieder aufgeben musste, weil die eingegangenen Anmeldungen so spärlich waren, dass die ganze Gesellschaft auf einem «Einspännerwägelchen» Platz gehabt hätte.

Manchmal vermittelt einem die Lektüre der Lokalauflagen der genossenschaftlichen Volksblätter auch weltgeschichtliche Kenntnisse. So entnehmen wir der Auflage der S. C. C. **Lausanne,** dass die französische Genossenschafterin, **Alice Jouenne,** zum Kabinettschef der neuernannten Unterstaatssekretärin, Suzanne Lacorre, ernannt worden sei und deshalb auf ihre Mitwirkung an den für den Internationalen Genossenschaftstag vorgesehenen Festlichkeiten der Genossenschaft voraussichtlich verzichten müsse.

h.

Urabstimmung im A. C. V. beider Basel. (Korr.) Die Mitgliedschaft dieses grössten Verbandsvereins hat am Freitag, den 19. Juni, durch Urabstimmung einen genossenschaftlichen Grosskampf ausgetragen, der seiner prinzipiellen Bedeutung wegen weit im Lande herum mit Spannung verfolgt worden ist. Der «Schweiz. Konsum-Verein» darf deshalb wohl mit ein paar Worten auf die so lang pendent gewesene und unruhvolle Auseinandersetzung zu sprechen kommen.

Es ging um die Nachfolge für den aus Altersrücksichten von der Leitung des A. C. V. zurückgetretenen Herrn Zentralverwalter E Angst. Sein Sitz war schon lange voraus von der Gruppe Genossenschaftsräte Arbeiterbund und sozialdemokratische Partei beansprucht und ihr seinerzeit von der bürgerlichen Behördemehrheit auch zugesichert worden; das letztere allerdings mit der Einschränkung, dass für den Posten Nationalrat und Redaktor **Friedr. Schneider,** weil infolge seiner politischen Tätigkeit für den A. C. V. untragbar, nicht in Frage kommen könne.

Beim Rücktritt des Herrn Angst griff nun aber die sozialdemokratische Partei unerwarteterweise doch auf die Nomination Schneider und setzte sich dadurch sofort in Gegensatz zur bürgerlichen Mehrheit. Im Aufsichtsrat, der als Wahlbehörde hätte fungieren sollen, begann nun ein monatelang sich hinziehender und immer leidenschaftlicher werdender Kampf. Dabei ging es zwar nie um den Sitz, der blieb der sozialdemokratischen Partei überlassen, sondern immer und einzig um die Kandidatur Schneider. Weil da aber kein Kompromiss möglich war, unterbreitete die bürgerliche Mehrheit schliesslich den Vorschlag, es sei die Kandidatur Schneider durch eine Statutenrevision direkt der Urabstimmung zu unterstellen. Dieses Entgegenkommen wurde vorerst von der sozialdemokratischen Partei abgelehnt und mit dem Fernbleiben von jeder Behördesitzung beantwortet.

Erst nach langen und sehr vorsichtig geführten Unterhandlungen gelang es Herrn alt Zentralverwalter Angst, die sozialdemokratische Partei doch noch mit diesem Vorschlag vertraut zu machen und zwischen den beiden Gruppen eine Einigung, wenigstens über das Prozedere der Urabstimmung, zu erzielen; die Kandidatur selber blieb umstritten, und jede Gruppe behielt sich ausdrücklich die Verfechtung ihrer Meinung vor.

Nun sind die Würfel gefallen. Die Mitgliedschaft hat nach einem heftigen und teilweise hemmungslos geführten Wahlkampf **mit 13,631 Nein gegen bloss 7036 Ja,** also mit doppeltem Mehr Nationalrat Schneider als Nachfolger Angst **refüsiert.** Schon diese Endzahlen, noch mehr aber die Resultate der einzelnen Abstimmungslokale, die nach dem Wahlkommentar der «Arbeiterzeitung» «einfach unbegreiflich sind», zeigen mit aller Deutlichkeit, dass die gesamte Mitgliedschaft bis weit in die Arbeiterbevölkerung hinein eine auch nur drohende Verpolitisierung der Konsumgenossenschaft mit dem widerwärtigen Drum und Dran entschieden ablehnt.

Dieses gesunde Urteil ist für echte Genossenschaftsfreunde, mögen sie nun zur Kandidatur Schneider so oder anders eingestellt gewesen sein, eine wahre Genugtuung. Es wird in seiner Eindeutigkeit und Unanfechtbarkeit auch wesentlich dazu beitragen, dass die Wellen im A. C. V. sich bald wieder glätten und dann die Ersatzwahl in die Verwaltungskommission von **allen** Gruppen und zum Wohle des A. C. V. von mehr genossenschaftlichen als von parteipolitischen Standpunkten aus vorbereitet und durchgeführt werden kann.

Kurze Nachrichten

Indexziffer des V. S. K. Die vom Verbande schweiz. Konsumvereine berechnete Indexziffer der Kleinhandelspreise zeigt vom 1. März zum 1. Juni 1936 eine Erhöhung von 116,3 auf 119,1 Punkte (1. Juni 1914 = 100). Diese Aufwärtsentwicklung, die zu dem für diese Jahreszeit zu erwartenden Rückgang in schroffem Gegensatze steht, ist in erster Linie zurückzuführen auf Preisaufschläge der Kartoffeln, des Kokosnussfettes, des Schaf-, Kalb- und Rindfleisches, der Kochbutter, des Kochfettes, des Zuckers und des Arachideöles, währenddem auf der andern Seite Preisabschläge der Eier, des Sauerkrautes, der Briketts, des Anthrazites, der Schokolade und der Linsen einem noch stärkeren Ansteigen der Indexziffer entgegenwirkten. Im Verhältnis zum 1. Juni 1935 ist eine Erhöhung der Indexziffer um 11,2 Punkte oder 10,4% festzustellen. Demgegenüber erzeigen nach derselben Methode berechnete Indexziffern einen Rückgang von 2,4% für Mülhausen (Frankreich), 0,9% für Dornbirn (Oesterreich) und eine unter dem schweizerischen Mittel bleibende Erhöhung von 2,0% für Lörrach (Deutschland) und 8,1% für Como (Italien).

Bibliographie

Atlantis. Von den Anfängen des Schiffes. Die ältesten bis in unsere Zeit erhaltenen Funde von Schiffen oder deren Bestandteilen sind sehr spärlich und stammen aus verhältnismässig junger Zeit, so dass sie uns keinen Aufschluss geben können über die Einrichtung und Bauart der ältesten Schiffe. Als einzige Quelle bleibt die bildliche Ueberlieferung, aber auch von den grossen Bildchroniken, wie man etwa die Malereien in den ägyptischen Tempeln, die Skulpturen in den Palästen der assyrischen Könige, ja auch die nordischen Felszeichnungen nennen kann, dürfen wir nicht allzuviel erwarten, denn dort, wo uns Abbildungen von Fahrzeugen für den Wasserverkehr zum ersten Male begegnen, tritt uns schon eine hohe Stufe der technischen Vollendung entgegen.

Wenn wir über die früheste Entwicklung Genaueres erfahren wollen, versagt die Geschichtsforschung. Hier muss uns die vergleichende Völkerkunde zu Hilfe kommen. Wir müssen also zu den Völkern, die von der Zivilisation noch unberührte Gegenden bewohnen, gehen, um die Anfänge des Schiffsbaues kennen zu lernen. Im **Juniheft** der Atlantis berichtet Hugo A. Bernatzik von diesen primitiven Schiffen. Zahlreiche vorzügliche Bilder begleiten den äusserst fesselnden und aufschlussreichen Text des bekannten und geschätzten Forschers.

Aus der Fülle des Heftes nennen wir noch die Beiträge «Im Kampf um den blanken Hans», von Dr. Gerhard Mittelstädt, welcher über die Landgewinnungsarbeiten im schleswigholsteinischen Wattenmeer berichtet, «Texel, die holländische Vogelinsel» von Dagmar Bothas mit zahlreichen ungewöhnlich schönen Aufnahmen von Strijbos. Dem allgemeinen Interesse für Japan kommen zwei aufschlussreiche Berichte, denen eine grosse Anzahl vorzüglicher Bilder beigegeben sind, entgegen: «Samurei» von Prof. Dr. Karl Haushofer, und «Harakiri» von Dr. Thomas A. Bäuerlein. Ein feinsinniger Beitrag von Hans Pflug ist überchrieben «Heidelberg in Stimmen der Zeiten». Auch ihm sind eine grosse Anzahl bisher ungesehener Aufnahmen dieser schönen deutschen Stadt beigegeben.

Für Atlantis-Abonnemente nimmt die Buchhandlung des V. S. K. Basel, Aeschenvorstadt, Bestellungen entgegen.

Eingelaufene Schriften.

Grossmann, Prof. Dr. Eugen: Das Irrlicht der Währungsabwertung. Zürich, 1935. 108 S.

Hager, Karl und andere: Technischer Wortschatz. Stuttgart und Berlin, 1920. 410 S.

Handelsdepartementet: Die schwedischen Einheitspreisunternehmungen. Offizieller Bericht des Staates. 1935. 201 S.

Handwerkerbank Basel: Bericht 1935. 20 S.

Hauser, Henri: Travailleurs et Marchands dans l'Ancienne France. Paris, 1920 239 S.

Verwaltungskommission

1. Am 19. Juni 1936 konnte Herr Emil Bielser, Magazinarbeiter in unserm Lagerhaus in Pratteln auf eine 25-jährige Tätigkeit im Dienste des V. S. K. zurückblicken.

Die Verwaltungskommission hat ihm in einem Gratulationsschreiben für seine 25-jährige pflichtgetreue Arbeit den Dank ausgesprochen. Möge es Herrn Bielser vergönnt sein, noch während manchen Jahren seine geschätzten Dienste in bester Gesundheit dem V. S. K. zur Verfügung zu stellen.

Herr Bielser hat ferner die gewohnte Jubiläumsgabe erhalten.

2. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind vom Verein schweiz. Konsumverwalter Fr. 300.— überwiesen worden; diese Zuwendung wird bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Konsumgenossenschaft in der Ostschweiz sucht tüchtigen und selbständigen **Chef-Magaziner** im Alter von 25—35 Jahren. Es kommen nur Bewerber in Frage, die eine Lehre als Magaziner der Kolonialwarenbranche durchgemacht haben und auch im Landesproduktengeschäft bewandert sind. Schriftliche Anmeldungen sind unter Beilage von Zeugniskopien und Photographie einzureichen unter Chiffre E. S. 33 an den V. S. K., Basel 2.

Junger, starker und treuer Jüngling kann zur **Erlernung des Magazinerberufes** sofort in die Lehre treten. Selbstgeschriebene Offerten mit Schulzeugnis sind einzureichen an die Verwaltung des **Allg. Konsumvereins Landquart** und Umgebung.

Angebot.

Ladentochter, soeben aus der Lehre tretend, tüchtige Kraft, sucht Stelle als **Verkäuferin** per 1. Oktober 1936. Offerten erbeten an Konsumgenossenschaft Thörishaus (Bern).

Tüchtiger, selbständiger **Bäcker-Konditor,** der schon mehrere Jahre selbständig geschäftet hat, sucht Stelle in Konsumbäckerei. Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten sind zu richten unter Chiffre L. Y. 112 an den V. S. K., Basel 2.

Junge, zuverlässige Verkäuferin, deutsch und französisch sprechend, sucht Stelle in Konsum. Gute Zeugnisse und Photo zu Diensten. Offerten erbeten unter Chiffre K. K. 114 an den V. S. K., Basel 2.

Erste Verkäuferin der Lebensmittelbranche (in Laden mit Fr. 190,000.— Umsatz) wünscht auf 1. Oktober Stelle zu wechseln. Offerten unter Chiffre G. N. 115 an den V. S. K., Basel 2.